Auflage

die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Juni 1967 | 15. Jahrgang | DM 0,60 | 1 F 2824 F

88

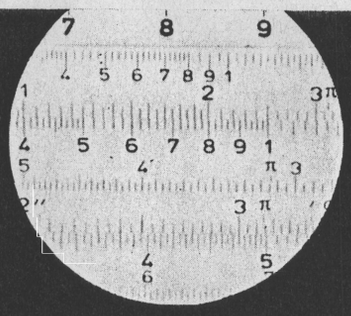
Neues Haus - Alter Hut?

BERICHT AUS BERLIN

mehr tun als studieren

Computer - Schmulze! (2. Teil)

Liebt die Studenten!



Altes bewahren - an der Gegenwart arbeiten - Neues aufbauen - eine nahezu 150jährige Tradition verpflichtet uns. In über 100 Ländern ist der Name DEMAG ein Begriff für Zuverlässigkeit und Präzision.

Sie haben den festen Willen, nach dem Studium Ihr erworbenes Wissen und Können unter Beweis zu stellen und ständig zu erweitern. Sie wollen etwas leisten - etwas werden, eine Chance für Ihre Zukunft vor Augen haben. Sie wollen wissen, ob sich Ihr Fleiß, Ihre Mühe, Ihre Einsatzbereitschaft auszahlen.

Wir wollen Ihnen bei der Entscheidung helfen. Sie finden bei uns interessante Aufgaben in Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Fertigung, Verwaltung und betriebswirtschaftlicher Disposition.

Unsere Werke liegen in Duisburg, Wetter/Ruhr, Düsseldorf, Zweibrücken, Saarbrücken, Frankfurt/Main, Köln, Jünkerath/Eifel, Hamburg, Trier und Darmstadt.

DEMAG

DEMAG Aktiengesellschaft Duisburg

INHALT

1 Misere?
2 Demonstration
3 Mehr tun als Studieren
5 Mahnbrief
7 Student in Berlin
10 Krankenkasse
11 Liebt die Studenten
12 dds-Gespräch mit Prof. Kade
16 Die Stunde der Generale
19 Neues Haus
21 – Alter Hut
22 Die Merowinger
24 Computer-Schnulze
28 Nachrichten
32 On-dits, Kulturkalender

Diese Ausgabe der darmstädter studentenzeitung wurde auf Papier der Firma Scheufelen, Oberlenningen gedruckt.
Klischees: Darmstädter Echo
Bilder: Fischer S. 3, 4, 12
Dohm S. 23
Förster S. 20

Wolfgang Mengel

MISERE?

„Das Parlament ist souverän", pflegte der ehemalige Parlamentspräsident Gunther Franke zu sagen, wenn bei den Mittwochabendsitzungen des Studentenparlaments nach einigem Hickhack mit Teil-, Zusatz- und Geschäftsordnungsanträgen das Hohe Haus konfus wurde, weil man feststellte, daß zwei eben angenommene Beschlüsse einander widersprechen. Parlamentarier und die wenigen Gäste, die den Sitzungen beiwohnen, werden lustlos; die über hundert Gäste, die, zum Teil stehend, die Protestversammlung des Parlaments anläßlich der Erhöhung der Essenspreise am 19. 4. 67 verfolgten, verloren Mut und Geduld, weil es „so furchtbar lange dauert, bis überhaupt etwas beschlossen wird, wenn es nicht ganz zerredet wird".

Die immer wieder geäußerte Kritik am Parlament, es beschließe nichts Ordentliches, tauge nichts, zerrede vielmehr alles und habe ohnehin keinerlei Einfluß auf die Dinge („Quasselbude"), besteht zu Recht – teilweise. Sicher ist ist es eine Unverfrorenheit der Parlamentarier, zur Sitzung am Mittwoch, dem 3. Mai, nicht zu erscheinen, so daß mit dem verärgerten Dutzend Anwesender überhaupt keine beschlußfähige Mehrheit (28 von 54) hergestellt werden konnte. Angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung, die die gesamte Entlastung der Studentenvertretung '66 und den Bericht der Finanzprüfer zum Inhalt hatte, wegen eines Fußballspiels und des folgenden Himmelfahrtstages der Legislative der Studentenschaft fernzubleiben, kann nur damit erklärt werden, daß die Parlamentarier keine hohe Meinung von sich und ihrer Tätigkeit haben. Gibt man einer ähnlichen Mißachtung Ausdruck, als Außenstehender, werden die Damen und Herren feindselig.

Andererseits muß festgestellt werden, daß die studentischen Abgeordneten keine angenehme Arbeit erfüllen: sie verleiht keinen spektakulären Glanz. Für ein Jahr gewählt, können nur wenige sich Überblick über die Arbeit des Allgemeinen Studentenausschusses, Einblick in den Geschäfts- und Finanzbetrieb und Verständnis für die Situation der Studentenschaft mit ihren Kompetenzen, Chancen und Unmöglichkeiten verschaffen. Mehr der Vorwurf des Nicht-Könnens als des Nicht-Wollens ist den Parlamentariern zu erteilen. Sie irren nicht, wenn sie sich aus diesen Gründen für manipulierbar und manipuliert halten und von sich glauben, daß letzten Endes weder Gewalt noch Direktiven von ihnen ausgehen.

Grund dazu ist die festgelegte Situation der studentischen Selbstverwaltung: man mag es Selbstbewältigung der Verwaltung nennen, die zwar in eigener Verantwortung, aber gewissermaßen im eigenen Garten absolviert wird. Demokratie im Kleinen, zum Üben. Ein Vergleich zu SMV-Kompetenzen liegt nahe. Zwar ist die Studentenschaft Verhandlungspartner, in Darmstadt ein anerkannter sogar – sie hat Vertreter in Fakultäten, im Senat,

DIE DARMSTÄDTER STUDENTENZEITUNG NR. 88

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80), für Mitglieder der Vereinigung von Freunden der THD (Hochschulgesellschaft) frei. Erscheinungsweise: dreimal im Semester (April, Juni, Juli; November, Dezember, Februar).
Chefredakteur: Wolfgang Mengel (verantwortlich); Redaktion Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Bernd Graßmugg (gg), Eberhard Pahlberg (pah), Falk Rieß (fari), Walter P. Welzel (wl); ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Jürgen Dohm, Dietrich Ebersbach (eb), Fritz Förster (ff), Kurt Komp (kko), Ulf Kauffmann (kf), Wolfgang Straub.
Chefs vom Dienst: Knut Feiert, Helmut Dreßler.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt.
Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.
Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240.

im Studentenwerk. Dort ist sie aber meist unterlegener Partner, vorwiegend aus Gründen mangelnder Erfahrung und mangelnder Druckmittel. Hat eine Studentenschaft für richtig erkannt, daß sie sich auch außerhalb zugewiesener und zugestandener Bereiche betätigen soll, wird sie bald aufs Demonstrieren, Randalieren und auf Vorlesungsstreiks verfallen, um die Schließung der Hochschule zu bewirken und um eventuell an die Gründung einer Gegenuniversität zu denken. Das sind große Druckmittel – auf Ruhe und Ordnung ist wohl jeder Staat bedacht –, sie sind aber unpopulär und werden oft für die eigene Sache als undienlich empfunden. Immerhin benutzen sie die Studenten in der ganzen Welt; „Erfolge" sind grundsätzlich nur auf längste Sicht zu erkennen.

Erfolg wollen die Studenten auf eine ideale Form „demokratisch, frei, sozial" hin haben. Also Veränderung der Studienbedingungen, Veränderung der Hochschulen, um diese als Zentren einer freien geistigen Entwicklung der Menschen zu erhalten, Veränderung der politischen Situation eines Staates. Zu jedem Wunsch nach Änderung gibt es handfeste Gegenargumente. Sie sind durchweg konservativ, d. h. getragen von dem Wunsch, am Erreichten festzuhalten, um dieses nicht aufs Spiel zu setzen. Nicht einen sicheren Zustand mit einem unsicheren, weil meist noch nicht praktizierten, zu vertauschen.

Zurück zum Parlament. Während der Hochschulfestwoche im Juni soll eine neue Legislative gewählt werden. In der neuen Amtsperiode werden wichtige Fragen entschieden werden müssen: Die Frage, ob sich die Studentenschaft politisches Mandat zutraut, die Frage, ob sie sich als Gewerkschaft verstehen soll, die Frage, ob sie aufsässig und unpopulär sein will. Es sei den Studenten zugestanden, daß sie eine Hochschule nur besuchen, um später einen „anständigen" Beruf auszuüben; es sind aber nicht wenige, die für ihre eigene Person einen Sinn darin sehen, weiter als' Prestige, zwei Kinder und Auto' zu denken. Diese unter den Parlamentariern seien aufgefordert, wiederum zu kandidieren, diese unter den Studenten seien gebeten, eine Kandidatur zu akzeptieren und wenn möglich dem Parlament länger als ein Jahr treu zu bleiben, damit sowohl guter Wille als auch Erfahrung im Parlament vorherrschen. Denn mit beidem läßt sich der Kleinkram schnell erledigen, der bis jetzt die Sitzungen beherrscht und verödet hat. mgl

Dr.-Ing. Lacher

EINE STUDENTISCHE DEMONSTRATION

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt demonstrierte. Anlaß dazu gab die Bekanntgabe der Kürzungen der staatlichen Zuschüsse in Höhe von DM –,20 pro Mensaessen. Der Protest war berechtigt. Berechtigt war ebenso der Wunsch, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Ungerechtfertigt hingegen müssen die Formen genannt werden, die der Protest annahm. Es darf hier nicht beim müden Lächeln oder beim verärgerten Achselzucken bleiben; das Ärgernis wird nicht beseitigt, indem man es in Schweigen hüllt. Notwendig ist eine kritische Sichtung des Geschehenen sowie seiner Ursachen.

Ich bitte zu überlegen: Es lag ein wunderbarer Anlaß vor, viele Studenten auf die Straße zu bringen. Das Anliegen mußte nur artikuliert werden, um die Ursachen klar herausstellen zu können. Beispielsweise ist einzusehen, daß die Mensapreiserhöhung eine direkte Auswirkung des Bankrotts der staatlichen Haushaltsführung ist. Sodann müßte erkannt werden, daß die Einsparungen am Mensaessen geringfügig sind gegenüber den Gesamteinsparungen auf dem Hochschulsektor, die den Studierenden weitaus mehr betreffen und von denen er sich – würde er über Grundfragen seiner Existenz nachdenken – viel tiefer betroffen fühlen müßte. Diese Auswirkungen sind etwa: Neubau der Institute zurückgestellt, keine neuen Arbeits- und Zeichenplätze mehr, Reduzierung der Planstellen für Assistenten und sonstiges Hochschulpersonal, „Zurückstellung" von insgesamt 13 Ordinariaten der Hochschule usw., und dies alles bei steigenden Studentenzahlen. Dabei ist die Bildung für den Staat eine einträgliche Angelegenheit. Amerikanische Bildungsökonomen haben übereinstimmend festgestellt, daß die Rendite des bei der Ausbildung investierten Kapitals gegenüber derjenigen bei industriellen Investitionen um ein Vielfaches höher liegt. Der Student hat also einen gerechtfertigten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Darüber hinaus ist die Arbeit des Studierenden eine gesellschaftlich nützliche Arbeit, wenn sie sich auch oder gerade weil sie sich in der Zukunft auswirkt. Warum also, so fragt man sich, sind die Erziehung und die Wissenschaft jedweden Einsparungsmaßnahmen so besonders ausgesetzt. Liegt es etwa daran, daß der Staat leichtfertig oder aus Bequemlichkeit augenblicklich den Weg des geringsten Widerstandes geht? Von der Seite der Ausbilder wie der Auszubildenden hat er keine größeren Gegenmaßnahmen zu erwarten, hier sitzen keine massiven pressure-groups, hier nistet keine finanzstarke Lobby. Liegt es an dem, so hat der Student nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Protest, will er als Staatsbürger ernstgenommen werden. Von dieser Art etwa müßten die Argumente sein, über die jeder Studierende spontan verfügen können sollte.

Der Student kann es sich heute nicht mehr leisten, unpolitisch zu bleiben und weltfremd nur seinem Beruf zu leben. Infolge der zunehmenden Rationalisierung benötigen Staat und Gesellschaft immer mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte. Diese Konzentration des Wissens ist gleichbedeutend mit größerer politischer Einflußnahme und Verantwortung. Eben dieses entwickelte politisch-demokratische Bewußtsein hat bei der Demonstration gefehlt.

Die Mittel müssen adäquat sein. Dies kann nicht behauptet werden, wenn wohlgenährte Studenten in den Straßen Darmstadts „Hunger, Hunger" schreien und Bierflaschen schwenken. Ganz abgesehen von der Peinlichkeit dieser Behauptung gegenüber dem tatsächlich bestehenden Hungerproblem der industriell unterentwickelten Länder ist dieses Argument offensichtlich falsch. Man kann aber nicht erwarten, mit einer Lüge die Öffentlichkeit für seine Interessen zu gewinnen. Es verrät darüber hinaus undemokratisches und dünkelhaftes Bewußtsein, wenn man glaubt, die Mitbürger durch Primitivargumentationen mitreißen zu können. Die Demonstration hat Mittel angewendet, die dem Stand der Hochschule dem Staat und der Öffentlichkeit gegenüber mehr geschadet als genützt haben. Die Reaktion von Frau Ruth Horn MdL (Darmstädter Echo vom 4. 5. 67) ist ein beredtes Beispiel dafür, wie ein gewiegter Politiker einen derartigen „Fall" erledigt.

Wolfgang Mengel

MEHR TUN ALS STUDIEREN

„... die Ordner müssen nach § 9 Abs. 1 Versammlungsgesetz ehrenamtlich tätig, unbewaffnet und volljährig sein ... den eingeteilten Ordnern ist es untersagt, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen ... die Veranstaltung soll möglichst um 16 Uhr wegen des beginnenden Berufsverkehrs beendet sein..."

Hessens Studenten werden aufsässig: In den letzten Apriltagen bestreiken die Frankfurter Studenten ihre Mensa, versammeln sich 1000 Marburger im Auditorium Maximum, marschieren 1000 Darmstädter durch die Innenstadt, weil ihnen Bildung lieb und teuer ist, aber teurer wurde als ihnen lieb ist. Ein Unbehagen an der Obrigkeit, das sich schon in den Bildungswerbetagen „1. Juli" und „Student aufs Land", in Rauchbomben, sit-ins und picket-lines äußert, bewegte die Studierenden, anläßlich der empfindlichen Verteuerung des Mensaessens die Hochschul- und Studentenpolitik des Landes Hessen massiv anzugreifen.

Die generelle Verteuerung des hessischen Mensaessens, das in Darmstadt nunmehr DM 1,30 kostet (früher DM 1,10), wurde durch einen Erlaß des Kultusministers erzwungen, nach dem der bisher gehandhabte Spitzenausgleich den hessischen Studentenwerken gestrichen wurde: Bisher deckte das Land Defizite, die durch das Ausgeben sozialer Essen in den Mensen trotz eines Zuschusses von DM 0,60 pro Essen entstanden, am Jahresende ab. In Darmstadt betrug dieses Defiizit 1966 DM 81 000,–. Nunmehr beschränkt man sich nur noch auf den 60 Pfennig-Zuschuß. Das Studentenwerk errechnete für 700 000 Essen im Jahr 1967 einen Bedarf von DM 0,79 pro Essen; wenn schon der Spitzenausgleich wegfalle, solle man den Zuschuß auf 80 Pfennig festsetzen, damit Preiserhöhungen zu Lasten der Studenten vermieden werden.

Das Land blieb hart und schlug Rationalisierungsmaßnahmen in den Studentenwerken vor. Daraufhin schritten diese, die einmal studentische Selbsthilfeorganisationen waren, zur Selbsthilfe und machten den Studenten das Essen teurer.

Bemerkenswert ist, daß die Äußerungen des Landes nicht in diese Richtung zielten; vielmehr versprach man, alles zu tun, damit die Streichung im hessischen Haushalt nicht zu guter Letzt auf Kosten der Studierenden ginge. Offenbar sollten die Studentenwerke gezwungen werden, ergiebiger zu wirtschaften. Dies wurde aber vom Land schlecht betrieben, da es die globale Defizitabdeckung seit Jahren durchführte, obwohl nach einer Äußerung des hessischen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Lang, damit eine maximale Wirtschaftlichkeit der Studentenwerke nicht erzwungen werden könne. Dr. Langs Unmut, man hätte schon früher die generelle Defizitabdeckung fallen lassen und die Erhöhung der Zuschüsse pro Essen durchsetzen müssen, kommt zu spät: Schließlich hat das Land in Zeiten einer kräftigen Finanzlage, ohne eine Sanierung zu erzielen, die Gelder generös verteilt – die auch ohne Beanstandung genommen wurden. Der Schwarze Peter, der zwischen dem Land und den Studentenwerken gezogen werden sollte, blieb bei den Studierenden hängen.

Einen zweiten Schwarzen Peter haben die Studenten seit der Einführung des Abendessens zugespielt beommen. Der Materialeinsatz des Abendessens ist um 20 Pfennig niedriger als der des Mittagessens, obwohl die Essen gleich teuer sind. Da die gesamte Essensausgabe, mit den Zuschüssen, gewinn- und verlustfrei bleiben muß, behält die Küche beim Abendessen einen relativen Gewinn. Die Tageskarte des Restaurants hingegen, die aus mehreren nichtsubventionierten Menüs besteht, brachte im vergangenen Jahr ein Minus von DM 30 000,–. Trotz komplizierter Verrechnungsmethoden scheint hier der Student den Restaurantbesucher mitzufinanzieren.

Weiterhin ist es bemerkenswert, daß das Land nicht nur den Studierenden das Essen subventioniert: Auch Assistenten, Professoren und Hochschulangehörige, also Beamte und Angestellte des Landes, erhalten, sofern sie in der Mensa essen, den gleichen Zuschuß. Auch die Kantinen der hessischen Verwaltung und der dem Land unterstellten Einrichtungen geben bezuschußte Sozialessen aus. Dies mag eine gerechte Verteilung sein, sie erscheint aber nicht sinnvoll, da eine Subventionierung gezielt den tatsächlich Bedürftigen gewährt werden und nicht wild unter die Interessenten gestreut werden sollte.

foto: fischer

Die Argumente der Studenten gingen in diese Richtung. Das Darmstädter Studentenparlament beschloß eine Resolution, in der es heißt: „In allen Bereichen der Lebenshaltung der Studenten sind in der letzten Zeit gravierende Preiserhöhungen eingetreten ... die Honnefsätze folgen in keiner Weise der tatsächlichen Entwicklung der minimalen Lebenshaltungskosten ... es ist längst an der Zeit, daß die Förderungs-

sätze endlich erhöht werden, daß die Vergabebedingungen für Stipendien verbessert werden und daß die sozialen Leistungen für Studenten verstärkt werden." In einem Memorandum des Marburger Studentenausschusses heißt es: „Die Ursache des Protestes liegt jedoch tiefer und ist in einer Politik zu suchen, deren Verbindung zum Grundsatz der Sozialstaatlichkeit nur mehr schwer erkennbar ist.
(Anmerkung: Die Marburger Studentenschaft hat angeboten, eine Erhöhung des Essenspreises um 10 Pfennig zu befürworten; tatsächliche Erhöhung 30 Pfennig). „Es komme jedoch in dieser Maßnahme eine Tendenz zum Ausdruck, die erkennen ließe, daß insbesondere finanzielle Belastungen auf die Gruppen und Schichten abgewälzt werden, die den Regierungen in Bund

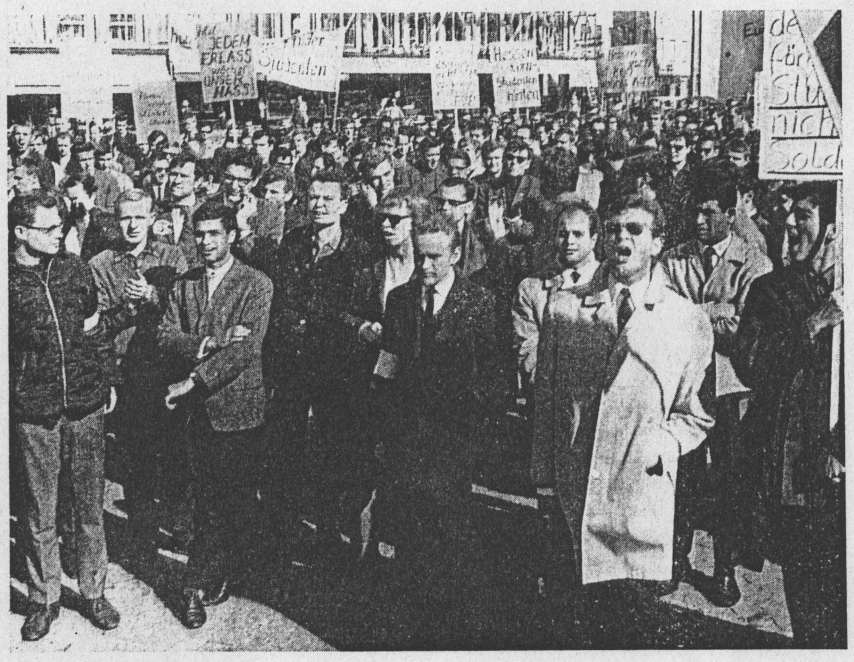


foto: fischer

und Ländern nicht mit einer starken Wirtschaftskraft entgegentreten könnten ... diese Politik (führt) nicht nur den Grundsatz der Sozialstaatlichkeit, sondern ebenso die so oft behauptete Priorität der Bildungspolitik ad absurdum." In einer Stellungnahme des Darmstädter Sozialistischen Deutschen Studentenbundes heißt es: „... Emanzipation der Studenten zum freien intellektuellen Arbeiter und die volle Herstellung der akademischen Freiheit des Studiums werden ersetzt durch eine immer extremere persönlich-materielle Abhängigkeit des Studenten von seinen Eltern, Mäzenen, Dozenten, den Zwang, sich zum Bittsteller in Permanenz in den Dienststellen der Förderungs- und Sozialbürokratie zu entwickeln ..." Schließlich heißt es in einem Aufruf an die Darmstädter Mitbürger: „... kennzeichnen eine falsche Bildungspolitik, die umso gefährlicher ist, als die USA, die Sowjetunion und andere Länder einen immer größeren Vorsprung auf dem Gebiet der Forschung und Wissenschaft und damit auch in der Technik erlangen, eine Tatsache, auf die die Professoren seit Jahren vergeblich hinweisen ..."
Auch die Etats der Hochschulen haben Streichungen hinnehmen müssen. Ordinariate, die geplant waren, wurden zurückgestellt, Etats für Institute wurden empfindlich gekürzt, es werden keine Assistenten und Hochschulangestellte neu eingestellt, vielmehr werden Stellen noch nicht einmal wieder besetzt, wenn jemand die Hochschule verlassen hat. Über das Ausmaß der Kürzungen hüllt sich die Hochschule in unverständliches Schweigen; das macht die Argumentation der Studierenden schwierig. Unverständlich bleibt auch das Schweigen der Professoren, die doch in hohem Maße betroffen sind.
Hingegen haben sich die hessischen Rektoren an die Öffentlichkeit gewandt. In einem Schreiben wird darauf aufmerksam gemacht, „daß die hessischen Hochschulen die Verantwortung für die Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben in Lehre und Forschung ablehnen müssen, falls der Landtag die vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Kürzungen und Streichungen vornehmen sollte". Es wird mit der Wiederaufnahme des numerus clausus gedroht und darauf hingewiesen, daß die Einsparungen zur Einstellung von Forschungsvorhaben, zur Verzögerung von Diplom- und Doktorarbeiten und damit zu einer Studienverlängerung führen müßten. Die Stellungnahme der hessischen Rektoren ist an anderem Platze dieses Heftes veröffentlicht.
Der Hessische Kultusminister, Professor Schütte, vertrat zu den Kürzungen die Ansicht, daß die Substanz der Hochschulen davon nicht angegriffen werde. Das ist ein Irrtum, denn die Substanz wird sehr wohl angegriffen, wenn man die notwendige Fortentwicklung der Forschung behindert und darüber hinaus frei gewordene Assistentenstellen nicht wiederbesetzt, obwohl unter den Assistenten eine große Fluktuation herrscht. Die Fortschrittlichkeit des voller Stolz beschlossenen Hessischen Hochschulgesetzes wird fragwürdig, wenn die Möglichkeiten seiner Verwirklichung eingeschränkt werden.

Die Demonstration der Darmstädter Studenten ist von verschiedenen Seiten heftig angegriffen worden. Es wurde beanstandet, daß die Studenten „Hunger, Hunger" gerufen und das Land und die Parteien unsachlich beschimpft hätten. Man bedenke aber, daß die Demonstration eine der Äusserungen der Studentenschaft war, eine Äußerung, die ihrem Wesen und ihrer Zielsetzung nach polemisch ist und auch sein muß.
Den Demonstranten vorzuwerfen, sie seien unsachlich gewesen, ist von derselben Sinnlosigkeit, wie wenn man einem Sozialdemokraten vorwürfe, er habe die Belange einer machtlosen Minderheit berücksichtigt. Aus der Demonstration zu schließen, die Studenten hätten kein Verantwortungsbewußtsein, ist eine Dummheit. Man möge sich immer vorhalten, wenn man sich über Studenten äußert, daß diese sich Arbeiten aufladen, die sie eigentlich nicht übernehmen sollten, wären sie tatsächlich nur zum Studieren an der Hochschule: Sie sind es, die bei der Industrie vorstellig werden, um Freitische für die Allerärmsten unter ihnen zu besorgen, die auf dem Land die Bevölkerung über Ausbildungsmöglichkeiten informieren, die, um überhaupt studieren zu können, in einer Fabrik arbeiten, die um Spenden und Anzeigen betteln, um einen Studienführer herauszugeben, in dem die Kommilitonen über ihr Studium unterrichtet werden. Solange der alte Schlendrian weitergeht, werden die Studenten mehr tun als nur studieren.

BRIEF DES VORSITZENDEN DER HESSISCHEN REKTORENKONFERENZ

An die Abgeordneten des Hessischen Landtags:

Die Hessische Rektorenkonferenz hält es für notwendig, die Studienreform nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums mit dem Winter-Semester 1967/68 zu beginnen. Diese Empfehlungen sehen die Arbeit in kleinen Gruppen und eine individuelle Beratung der Studenten in den Anfangssemestern vor. Daraus ergibt sich ein bestimmtes Zahlenverhältnis zwischen Lehrpersonal und Studienanfängern. Wenn sich der Hessische Landtag nicht entschließt, die dafür erforderlichen Personal- und Sachmittel zu bewilligen, werden die hessischen Hochschulen in den entsprechenden Fächern den numerus clausus ab Winter-Semester 1967/68 einführen. Die für 1967 vorgesehenen Haushaltsregelungen würden aber nicht nur den Beginn der Studienreform, sondern auch die geordnete Durchführung von Lehre und Forschung überhaupt empfindlich beeinflussen und stören:

a) Es ist beabsichtigt, die Haushaltsansätze für Ergänzungen und Ersatz des wissenschaftlichen Geräts gegenüber dem Vorjahr erheblich zu kürzen, obwohl die Hessische Rektorenkonferenz in ihrem Memorandum nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die bisherigen Ansätze unzureichend gewesen sind. Eine derartige Kürzung führt auf verschiedenen Gebieten zur Einstellung von Forschungsprojekten, zur Verzögerung von Diplom- und Promotionsarbeiten und damit zu einer Verlängerung der Studienzeit.

b) Es ist beabsichtigt, die Wiederbesetzung freier Personal-Planstellen zu sperren. Eine solche Maßnahme ist gerade für die wissenschaftlichen Hochschulen besonders folgenschwer, weil der jährliche Wechsel des Personals etwa ein Drittel der Planstellen erfaßt, gegenüber etwa einem Zwanzigstel bei Verwaltungsbehörden. Daraus folgt, daß Unterrichtsveranstaltungen nicht abgehalten werden können, Bibliotheken geschlossen werden müssen und die Krankenversorgung gefährdet wird.

c) Es ist beabsichtigt, außer den in Abgang gestellten 41 Lehrstühlen noch über 300 Planstellen zu streichen. Diese Maßnahme kann nicht mit Vakanzen gerechtfertigt werden, da angesichts der starken Fluktuation an den Hochschulen immer eine Anzahl freier Stellen da sein wird. Sollte der Landtag gleichwohl entsprechend beschließen, muß die Hessische Rektorenkonferenz darauf bestehen, daß diese Stellen ohne Anrechnung auf die jährlich notwendige Zuwachsrate bei nächster Gelegenheit wieder zur Verfügung gestellt werden.

d) Es ist beabsichtigt, den Hochschulen neue Personal-Planstellen in einem derart geringen Umfang zu bewilligen, daß nicht einmal die im Zusammenhang mit Berufungs- und Bleibeverhandlungen gemachten Zusagen erfüllt werden. Dadurch wird die hessische Hochschulpolitik unglaubwürdig.

e) Es ist beabsichtigt, durch § 3, Abs. 2, Nr. 1 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes für 1967 den Hochschulen auch die Möglichkeit zu nehmen, die Bewirtschaftung der Personalstellen flexibel zu handhaben. Diese Maßnahme würde die Auswirkungen der Restriktionen noch verschärfen, weil den Hochschulen damit die Möglichkeit genommen wird, vorübergehenden Notsituationen zu begegnen.

Die Hessische Rektorenkonferenz macht den Landtag mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Hessischen Hochschulen die Verantwortung für die Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben in Lehre und Forschung ablehnen müssen, falls der Landtag die vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Kürzungen und Streichungen vornehmen sollte.

KOMMISSARISCH

Letztens hat sich jemand gewundert. Das kam so: Einmal hat ein Lehrstuhl bestanden, der hieß „Lehrstuhl für Strömungslehre und hydraulische Maschinen". Und darauf saß Prof. Scheubel – der Herr mit dem Hochzeitsturm. Und auf einmal ist Prof. Scheubel emeritiert worden. Sein Lehrstuhl auch. Daraus wurden nämlich zwei: Einer für hydraulische Maschinen und einer für Strömungslehre. Damit es pro Student noch mehr Professoren geben soll. Alsbald bekamen die hydraulischen Maschinen wieder einen Herrn: Prof. Osterwalder. Und die Strömungslehre wenigstens einen kommissarischen Herrn: Prof. Becker. Als es so geschehen war, wurde aber der nun kommissarisch besetzte Leerstuhl vor eine Tür gesetzt und jetzt gibt es ihn nicht mehr: Das Finanzministerium hat ihn abgeholt. Aber Professor Becker ist weiterhin sein kommissarischer Benutzer. Er muß darauf sitzen bleiben. Er hockt nunmehr auf einem „Gibt-es-gar-nicht". Oder auf dem Fußboden der Tatsachen. Und von dem nichtexistenten Stuhl aus hält er kommissarische Vorlesungen. Die existieren. Auch prüfen darf er. Kommissarisch. Und eben kommissarische Fünfen erteilen. Die gelten dann auch. Bezahlt werden kann er für seine Taten aber natürlich nicht. Weil eben kein Lehrstuhl auch kein Geld hat. Verständlicherweise. dr

Blaues Gutachten

Gutachten zur Hochschulreform vom Studienausschuß für Hochschulreform 1948
Der Student ist als Lernender an der Hochschule; dessen wird er sich stets bewußt bleiben müssen, aber ebenso auch der Tatsache, daß er als Lernender das Ganze der Universität, die nach dem alten Begriff universitas magistrorum et scolarium ist, mitträgt. Die Gesamtheit der Studenten ist eine Gliedkörperschaft innerhalb der Gesamtkörperschaft der Hochschule, deren Aufbau sich in ihr widerspiegeln soll. Deshalb müßten die Studenten nach Fakultäten ihre Vertreter wählen, die den AStA bilden. Das trägt der organischen Gliederung der Hochschule Rechnung und verhindert jede andere, der Hochschule wesensfremde Gruppierung . . .
Die studentische Vertretung ist berufen, zur Mitarbeit an der akademischen Selbstverwaltung, und zwar einmal im Zusammenwirken mit Rektor, Senat, Fakultät und Hochschulrat, soweit diese sich mit studentischen Angelegenheiten befassen (Zulassung, Gebührenerlasse, Stipendiengewährung, Studienordnung, Examensordnung, Disziplinargerichtsbarkeit, Studentenaustausch usw.), zum anderen selbständig in der studentischen Selbsthilfe (Wohnungsfürsorge, Mensa, Gesundheitspflege, Arbeitsvermittlung, Bücheraustausch usw). Träger der studentischen Selbsthilfe ist das Studentenwerk, das die Kontinuität der Arbeit sichert, aber der lebendigen Mitarbeit der Studentenschaft bedarf, um nicht den Gefahren der Bürokratie zu verfallen. Da die Studentenschaft auch ihre Vertreter in den Hochschul-Beirat entsendet, hat sie eine Möglichkeit, die am akademischen Leben interessierte Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Hochschule in der Demokratie

Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes
Verlag „neue kritik", Frankfurt/M.
Aus der funktionalen und altersmäßigen Gliederung der Mitgliedschaft der Hochschule ergibt sich konsequent die Bildung von drei genossenschaftlichen Teilverbänden innerhalb der Gesamthochschule:

- Studentenschaft mit ihren bestehenden Organen;
- Assistentenschaft, der alle nichthabilitierten hauptamtlich angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter und Lehrkräfte angehören;
- Professorenschaft, das Kollegium aller habilitierten (oder ohne Habilitation berufenen) hauptamtlichen Hochschullehrer.

Da bei der Größe der heutigen Universitäten weder innerhalb der Teilverbände noch in der allgemeinen Selbstverwaltung „unmittelbare Demokratie" zu verwirklichen ist, müssen die gewählten Vertreter der Teilverbände in dafür geeigneten Organen der Universität (und ihrer Fakultäten und Institute) ihre unterschiedlichen Interessen zu einem Ausgleich bringen und sich über die Regelung der gemeinsamen Aufgaben und Angelegenheiten einigen...
Dabei ist zwischen drei unterschiedlich strukturierten Arbeits- bzw. Verwaltungsbereichen innerhalb der Hochschule zu unterscheiden:

- den festgelegten Rechten und Pflichten der einzelnen Hochschullehrer, Assistenten und Studenten, die sich aus ihren unterschiedlichen Funktionen im wissenschaftlichen Arbeitsprozeß der Hochschule ableiten (z. B. das Recht der Professoren, nach eigenem Ermessen, aber im Interesse einer sinnvollen Ausbildung der Studenten, Vorlesungen und Seminare zu veranstalten; das Recht der Studenten, diese oder jene Vorlesung zu besuchen oder nicht zu besuchen);
- dem Kernbereich des gemeinsamen Vollzugs von Forschung, Lehre und Studium unter Wahrung der akademischen Freiheit des Einzelnen, indem sich alle an einer bestimmten, selbst gewählten Aufgabe Beteiligten in einem Kompromiß einigen, andernfalls sie überhaupt nicht zusammenarbeiten können (z. B. Organisation eines bestimmten Forschungs- oder Studienprogramms durch Vertreter aller daran Beteiligten);
- dem weiteren Bereich der eigentlichen Hochschulselbstverwaltung, indem auf Grund von demokratischen Mehrheitsentscheidungen Beschlüsse gefaßt werden, an die alle gebunden sind (z. B. Bewilligung von Planstellen oder Arbeitsmitteln u. a. Fragen der Wirtschaftsverwaltung, aber auch der Interessenvertretung).

Auf politische Stellungnahmen und Aktionen kann die Hochschule, und im besonderen Maße die Studentenvertretung, im Interesse des ihr immanenten Engagements an die volle Herstellung der Autonomie des Menschen durch Verwirklichung einer freien, vernünftig organisierten Gesellschaft nicht verzichten....
Die Arbeit der Studentenvertretungen muß in stärkerem Maße als bisher das politische und soziale Bewußtsein der Studenten, wie es uns aus empirischen Untersuchungen entgegentritt, bei der Setzung von Schwerpunkten und Zielen ihrer Arbeit in Rechnung stellen.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Behnke, Münster
Deutsche Universitätszeitung 2/67
Die Vertretung in Senat und Fakultät scheint dem AStA das wichtigste Anliegen zu sein. Nun ist der AStA nicht etwas Analoges zum Parlament eines Landes, und man kann ihm unmöglich Souveränitätsrechte zuerkennen. Die Studentenschaft lebt mit oder ohne Stipendien zum erheblichen Teil auf Kosten des Staates und der Steuerzahler. Die Studenten haben dafür einen öffentlichen Auftrag zu erfüllen, nämlich erfolgreich zu studieren. Zu diesem Zweck ist der AStA nicht notwendig. Die Mehrzahl der Studenten empfindet ihn auch als überflüssig, als etwas, das keine Legitimation hat. So haben trotz aller Werbung in Münster in den letzten beiden Jahren nur 30% der Studenten gewählt. Die Demokratie in der Studentenschaft in Miniatur nachmachen zu wollen, hat sich als absurd erwiesen. So wie die Einrichtung jetzt ist, ist sie der Verachtung der überwiegenden Mehrzahl der potentiellen Wähler preisgegeben...
Die ureigenen Interessen der Studenten werden in diesem pseudoparlamentarischen Leben kaum erwähnt.

Professor Lützeler, Universität Bonn, anläßlich des Streites um die Frage, ob Frau Prof. Faßbinder auf Einladung des AStA in der Universität sprechen soll:
„Die Universität muß in politischen Fragen eine Insel der Ruhe bleiben."

Ernst Elitz

BERLINER MODELL

An der Freien Universität geht alles seinen gewohnten Gang. Die Urabstimmung, zu der der Konvent aufgerufen hatte, um die Politik des AStA durch die Studentenschaft bestätigen zu lassen, brachte bei 67-prozentiger Wahlbeteiligung 326 Stimmen Mehrheit für den AStA-Vorsitzenden Häussermann, gegen den ein Disziplinarverfahren anhängig ist. Rektor Lieber, seit der Urabstimmung mit einem Kreislaufkollaps daniederliegend, hatte Häussermann und weitere Studentenvertreter vor den Universitätskadi gebracht, weil sie am 19. April ein vom Rektor verbotenes sit-in im größten Vorlesungsgebäude der FU geleitet hatten. Anlaß dieser Protestveranstaltung war das Verbot des Akademischen Senats, eine Seminarrezension über den Politologen Prof. Ernst Fraenkel im FU-SPIEGEL zu veröffentlichen. Wegen der Sperrung von 47700 DM aus dem studentischen Haushalt und einem drohenden Verbot des SDS an der Universität hatte ohnehin schon latente Unruhe in der Studentenschaft geherrscht. Die Rezension ist inzwischen erschienen, und Prof. Fraenkel hat aus Protest fünfzig Prüfungen abgesagt.

Liebers Versuch, in der Nacht zum 20. April die 2000 protestierenden Studenten von der Polizei aus der Halle des Henry-Ford-Baus entfernen zu lassen, war gescheitert. Berlins Polizeipräsident Duensing befahl persönlich den Abbruch der Polizeiaktion. Der Rektor, von einer zu radikalen Lösungen neigenden Universitätsverwaltung zur Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Versammlungsleiter gedrängt, fand in der Öffentlichkeit wenig Verständnis. In einem zu 20000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt erklärte er sich schließlich bereit, die Disziplinarverfahren gegen die Studentenvertreter zurückzunehmen, wenn die Studentenschaft ihnen selbst in der Urabstimmung das Vertrauen entzöge. Dieses Angebot wurde von der Studentenschaft nahezu einhellig zurückgewiesen. Auch des Rektors letzter Versuch, die Studenten mit persönlichen Appellen vor den Massenvorlesungen zu einem Votum gegen die Studentenvertreter zu bewegen, schlug fehl. AStA und Konvent siegten. Mit knapper Mehrheit wurde eine Politik bestätigt, die die angestrebte Demokratisierung der Hochschule durch eine Aktivierung der gesamten Studentenschaft erreichen will. Das schließt das Mittel des öffentlichen Protestes ein. Die Professoren von Friedeburg und Habermas machten sich zu Sprechern einer mit dieser Politik sympathisierenden Gruppe von Hochschullehrern. Sie schrieben an den AStA-Vorsitzenden Häussermann, daß sie öffentliche Protestversammlungen, selbst wenn sie unter Bruch der Hausordnung stattfänden, für legitim hielten, wenn die Studenten in einer mit Argumenten geführten Auseinandersetzung darauf zurückgreifen müßten, nachdem die formell zugestandenen Möglichkeiten des Protestes gegen einen durch Amtspersonen tatsächlich privilegierten Teil der Universität genutzt und erschöpft seien.

Die Politik der vollendeten Tatsachen – eine Folge der derzeitigen Universitätsstruktur und nicht der Übermut einiger studentischer Rädelsführer – hat die permanente Krise an der FU heraufbeschworen, die jetzt nicht mehr durch Erlasse der Universitätsbürokratie aus dem Weg geschafft werden kann. Jede einseitige Maßnahme, die die Interessen der 15000 Studenten nicht berücksichtigt, muß zwangsläufig zu neuen Auseinandersetzungen führen. Es könnte eines Tages sogar dazu kommen, daß durch die Enttäuschung und den aufgestauten Ärger in der Studentenschaft eine weitaus größere Mehrheit die Methoden des AStA billigt, als das heute der Fall ist. Die hohe Zahl der Gegner der AStA-Politik, die die Urabstimmung an den Tag brachte, wandte sich ja nicht gegen das Ziel einer Demokratisierung der Hochschule, sondern nur gegen die vom AStA und den links stehenden Hochschulgruppen praktizierten Formen der Durchsetzung, die sie nicht für erfolgversprechend ansehen.

Der AStA hat inzwischen das Modell einer demokratisierten FU, an der Studenten und Assistenten reale Mitentscheidungsrechte haben sollen, entworfen, schriftlich fixiert und in Massenauflage an der Universität verbreitet. Sollten diese Vorschläge Eingang in das neue Berliner Hochschulgesetz finden, das beim Senator für Wissenschaft und Kunst noch als geheime Verschlußsache gilt, dann wäre die Krise an der FU behoben.

Nach den Vorschlägen der Studentenvertretung soll der Akademische Senat, der die hochschulpolitischen Entscheidungen auf oberster Ebene fällt, Ausschüsse für Finanzen, Forschung, Studienreform und Strukturfragen einsetzen. Diese Ausschüsse hätten unter dem Vorsitz von vier Prorektoren die sachlichen Entscheidungen des Senats vorzubereiten. Sie sollen aus Mitgliedern der Fakultäten, je einem Vertreter der Habilitierten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten zusammengesetzt sein. Für den Studienreformausschuß fordert der AStA eine stärkere Beteiligung der Studentenschaft und des Akademischen Mittelbaus.

Durch die Beteiligung aller inneruniversitären Interessengruppen am Entscheidungsprozeß soll die heute noch bestehende alleinige Entscheidungsgewalt der Professorenschaft abgebaut werden. Mit der Einrichtung von Abteilungen würde das Ordinarienprinzip in seiner patriarchalischen Form wegfallen. Das würde zugleich eine rationellere Ausnutzung der öffentlichen Mittel und eine planvollere wissenschaftliche Arbeit gestatten. Die heute an der FU schon satzungsmäßige Mitwirkung von Vertretern der Öffentlichkeit im Kuratorium der FU, das über den Haushalt der Universität beschließt, soll beibehalten werden.

Der angestrebte Interessenausgleich könnte in der Universität viele der bestehenden Konflikte beseitigen. Ob und in welchem Maß die darauf abzielenden Vorschläge der Studentenvertretung aber in das Berliner Hochschulgesetz eingehen, steht noch nicht fest. Einige Punkte jedoch dürften bereits in dem Entwurf des Berliner Senats enthalten sein, denn das AStA-Modell hat dem Hochschulausschuß der SPD vorgelegen und ist dort von seinen studentischen Mitgliedern erläutert worden. Wenn diese gemäßigt erscheinenden Forderungen des AStA aber zwischen dem Prestigebedürfnis der Professorenschaft, die auf traditionelle Rechte nicht verzichten will, und der Forderung des SDS nach einer radikalen Vertretung studentischer Interessen zerrieben werden und das neue Hochschulgesetz statt einer gründlich durchdachten Reform nur Halbheiten und Beschwichtigungen anzubieten wüßte, dann wäre die FU-Krise auch für die nächsten zwanzig Jahre institutionalisiert.

DIE ZWEITE MÖGLICHKEIT

„Elektrotechnik studiert, wer vom Radiobasteln her die Röhrentypen auswendig weiß; Maschinenbau, wer daheim immer die Nähmaschine reparieren mußte; und Bauingenieurwesen, wer gerne in dicken Stiefeln und mit dem Zollstock in der Tasche über Baustellen spaziert." (Prof. Dr. K. Klotter)

Wenn der Fremde sich von Süden der Darmstädter Autobahn-Großbaustelle nähert, wird er angesichts der zahllosen Hinweis-, Umleitungs- und Verbotsschilder, der Vielfalt von Zu- und Abfahrten, der Brücken und vielleicht auch des unkrautbewachsenen Abraumberges zur Rechten sich eines Gefühls der Hochachtung nicht erwehren können. Hochachtung vor den Männern, die dies alles entwarfen und durchdachten, die keine Mühe und kein Geld scheuten, ihre Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen – nur damit er bequemer reisen möchte! Es muß ein besonderer Schlag Menschen sein. Und falls er nicht die Unvorsichtigkeit begehen sollte, Darmstadt über die Kurve der Ausfahrt Mannheim-Basel wieder zu verlassen, wird dieses Hochgefühl noch eine Zeitlang anhalten.
„Kurven", hat einmal ein kluger Mann gesagt, „sind furchtbar unpraktisch. Wenn es sie nicht gäbe, bräuchten die Autos kein Lenkrad". Man möchte hinzusetzen: Und die Krankenhäuser nicht soviele Betten. Die Schwierigkeit beim Kurvenfahren besteht ja darin, daß man meistens die falsche Geschwindigkeit wählt; entweder zu langsam fährt und so die Hinterleute zu Ausrufen wie: Nachtwächter! Schlafmütze! reizt oder zu schnell und sich im Straßengraben wiederfindet.
Ein guter Bauingenieur weiß um diese Schwierigkeit und wird die zweite Möglichkeit zu vermeiden suchen, indem er bei neuen Straßen die Kurven breit und übersichtlich anlegt. Ein besserer Bauingenieur aber sieht weiter. Er hat die Entwicklung des Verkehrs in den letzten Jahren beobachtet und erkannt, daß nur noch drastische Maßnahmen helfen können. Hier bietet sich die „zweite Möglichkeit" an. Eine scharfe Kehre in einer schnellen Straße wirkt Wunder. Die Statistiker können das mit schönen Erfolgsziffern belegen. Eleganter ist indessen die Methode, bei der die Kurve spiralförmig angelegt wird. Ein breiter Eingang verspricht, was ein enger Ausgang nicht hält. Der Fahrer fährt ein, verschätzt sich, spätestens in der Mitte der Kurve beginnen die Reifen zu pfeifen, der Blick starr zu werden, das Bein zum Bremspedal zu zucken und wieder zurückzuzucken, der Straßengraben rückt immer näher, und wenn der Planende saubere Arbeit geleistet hat, dann gibt es einen Verkehrsteilnehmer weniger.
Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist der Darmstädter Autobahnknoten weitgehend mißglückt. Anstatt sich für eine der beiden Methoden zu entscheiden und diese dann konsequent zu verwirklichen, haben die Verantwortlichen einen Kompromiß geschlossen, der weder die Einfachheit der einen noch die Eleganz der anderen Lösung besitzt. Die Kurven sind eng, doch nicht eng genug, die Spiralen zwar angedeutet, doch im Vertrauen darauf, daß die Wagen auf den abschüssigen Rampen ohnehin schneller werden, nicht stark genug ausgeprägt. So bleibt es bei einem kümmerlichen Quietschen in der Auffahrt Richtung Basel; der Fremde, der Besseres erwartet hatte, ist enttäuscht.
Ob sich das die Technische Hochschule Darmstadt auf die Dauer leisten kann, ist fraglich. Wenn auch keine Darmstädter Bauingenieure mit der Planung der Anlage beauftragt gewesen sein mögen – in der Öffentlichkeit könnte leicht ein schiefes Bild entstehen. Man sollte deswegen darauf dringen, daß eine für alle Hochschulen verbindliche Vorlesung „Kurven oder Das Gesetz der natürlichen Auslese" eingeführt wird. Pannen der eben beschriebenen Art könnten vermieden werden. Das Wort Professor Dr. Klotters über die Qualitäten der Studierenden aber erhielte – zumindest, was die Bauingenieure angeht – eine neue Rechtfertigung.

ff

RESUMEE

Im letzten Wintersemester führte die Fachschaftsvertretung Mathematik/Physik unter ihren Studenten eine Fragebogenaktion durch, um Lob und Tadel an den Vorlesungen und Übungen zu sammeln, die von jedem M/Ph-Studenten laut Studienplan pflichtmäßig gehört werden müssen. Ziel dieser Umfrage war:

- dem Professor ein repräsentatives Meinungsbild („Röntgenbild") über Vorlesungsaufbau, Didaktik, Übungs- und Sprechstundenbetrieb zu vermitteln;

- den Studenten zum kritischen Nachdenken anzuregen und zu erreichen, daß er künftig Kritik und Vorschläge auch persönlich vorträgt;

- den Studienplan zu kontrollieren und damit die in der Fakultät M/ph ohnehin gut funktionierende Unterrichtskommission (Leitung Prof. Klotter) sowie den Fachschaftsleiter als Vertreter studentischer Interessen in der Fakultät zu unterstützen.

Anders als durch Fragebogen ist ein zuverlässiger Überblick nicht zu gewinnen, denn erstens ist es technisch unmöglich, alle Studenten in einem Gespräch über ihre Meinung zu befragen, und zweitens gelingt es nie, den in der Schule zur Autoritätsgläubigkeit erzogenen Studierenden zu einer ehrlichen mündlichen Kritik zu bewegen. Die Umfrage geschah deshalb anonym, unter Zusicherung der Diskretion (die Auswertungen wurden nur den betroffenen Professoren zugestellt) und mit Unterstützung der Fakultät. Nahezu alle Studenten beteiligten sich, wenn sie die Fragen gleich im Hörsaal beantworten konnten, 70% der mit nach Hause genommenen Bogen wurden wieder abgegeben. Unter den 700 Bogen war keiner dabei, der nicht ernsthaft und gründlich ausgefüllt war. An Ergebnissen kann folgendes berichtet werden:

Aus dem Teil A der Fragebogen („Lehrstoff") ist zu entnehmen: stoff-

liche und methodische Voraussetzungen werden nur in den Anfangssemestern vermißt; das Semester, in dem die Vorlesung gehört werden soll, ist allgemein richtig gewählt, mehr Wochenstunden werden nur für Mathematikvorlesungen gewünscht, ebenso mehr Übungsstunden für alle Fächer. Nur in „Lineare Algebra" und in „Quantentheorie" werden mehr Semester für den Stoff gefordert.

Teil B („Darstellung des Stoffes") bestätigt im allgemeinen die Lehrmethode der Hochschullehrer.

Im Teil C („Übungen") wurde gefordert: kleinere Gruppen, mehr ergänzende Beispiele zur Vorlesung (20% der Übungszeit), bessere Behandlung der Fragen (20–30% der Zeit), weniger Vorrechnen der Übungen (40%) und höchstens 10 bis 20% der Zeit ergänzende Vorlesung. 30 bis 40% der Studierenden gaben an, sie könnten ihre Übungsaufgaben nicht allein mit den Mitteln der Vorlesung lösen, weil ihnen die Beispiele fehlten, die den Übergang von der Theorie zum konkreten Fall demonstrieren.

Teil D („Sprechstunden") brachte zutage, daß fast 3/4 aller Studenten keine Sprechstunden besuchen. Es wurde angegeben, daß sie es nicht für nötig halten, die Zeiten zu ungünstig lägen, sie Hemmungen haben (besonders häufig), die Assistenten und Hilfsassistenten manchmal uninteressiert oder arrogant seien.

Ein Nebenergebnis, das mit keiner speziellen Frage erzielt wurde, war eine allgemeine Klage über zu schlecht gebaute Hörsäle, die zu heiß seien (Wintersemester!) und zu schlechte Luft haben (vor allem Kleiner Physikhörsaal), in denen die Tafel so ungünstig angebracht sei, daß von vielen Plätzen nichts mehr zu lesen sei (vor allem Großer ET-Saal), deren Akustik so miserabel sei, daß man trotz Lautsprecheranlage nichts mehr verstehen könne (Großer ET-Saal) und deren Sitze zu eng und unbequem seien.

Der nächste Fragebogen soll so gestaltet werden, daß er programmiert werden kann, um den gewaltigen Arbeitsaufwand der Auswertung zu reduzieren.

Es bleibt zu hoffen, daß die Professoren aus den Auswertungen die erwünschten Konsequenzen ziehen.

Manfred Bischof
Fachschaftsleiter 1966

LANDPARTIE

An den meisten westdeutschen Hochschulen wurde am 1. Juli 1965 eine Aktion für die bessere Ausbildung aller Bevölkerungsschichten begonnen. Auftakt waren Demonstrationen, die von fast allen Seiten Zuspruch fanden – selbst maßgebliche Politiker befürworteten den Kampf der Studenten gegen eine Bildungskatastrophe.

Aber es blieb nicht nur bei Demonstrationen. Die Darmstädter Studentenschaft rief nach Freiburger Vorbild die Aktion „Student aufs Land" ins Leben. Nach der Freß-, Reise- und Fernsehwelle sollte eine Bildungswelle die Land- und Arbeiterbevölkerung erfassen, da dort die sogenannten Bildungsreserven zu suchen sind.

Es wäre eigentlich Aufgabe des Staates und der Länder, einen Aufklärungs- und Werbefeldzug für eine bessere Schulbildung zu führen, da aber trotz mahnender Stimmen nichts geschah, wollten die Studenten mit gutem Beispiel vorangehen.

Ein Grüppchen von 20 Studenten der THD bewaffnete sich mit allerlei Zahlen, erschreckenden Bilanzen, Listen der Förderungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und Argumenten. Dabei fiel auf, daß der Staat zwar Geld für eine Notschutzfibel in Millionenauflage hatte, aber sich bisher nicht dazu durchringen konnte, eine entsprechende „Bildungsfibel" herauszugeben.

Bis es zu den ersten Vorträgen und Diskussionen in der Stadt und im Landkreis Darmstadt kam, hatte schon die Hälfte der Bildungswerber das Weite gesucht, und als es in den Odenwald ging, war es nurmehr ein Viertel. Voller Neugier und Erwartung machten sie die Landpartie, um den Vätern, Müttern und sogar Lehrern von ein- und zweiklassigen Minischulen eine Lektion in Gemeinschaftskunde zu erteilen.

Es kam nicht selten vor, daß ein Lehrer meinte, man müsse aufpassen, daß nicht zu viele Volksschüler in Mittel- und Oberschulen überwechselten, da die Volksschule dann zur Hilfsschule degradiert würde. Offensichtlich können manche Lehrer über die Wände ihres Klassenzimmers nicht hinaus blikken, wenn sie sagen: „Ich lasse mir doch nicht meine besten Zugpferde aus meiner Schule nehmen". Besonders enttäuschend war es zu erfahren, daß es auch Studienräte älteren Jahrgangs gibt, die diese Meinung teilen. Im allgemeinen war es jedoch möglich, mit Unterstützung des Lehrers den aufgeschlossenen Teil der Eltern in ihrer positiven Einstellung zu einer besseren Schulbildung zu bestärken. Leider blieben viele jener Eltern, die man eigentlich hatte ansprechen wollen, zu Hause vor den Fernsehschirmen und hörten erst später durch Nachbarn vom Bildungsnotstand und den drohenden Folgen für ihre Kinder. Mit Bedauern muß auch festgestellt werden, daß die kirchlichen Institutionen beider Konfessionen jegliche Unterstützung der studentischen Aktion ablehnten.

Aufschlußreich waren die Diskussionen, die sich den Vorträgen anschlossen. Dabei kamen die vielfältigen Hemmnisse ans Licht, die bislang einer besseren Ausbildung entgegenstanden. Vor allem sind die Vorurteile gegen die „ferne, fremde und gefährliche" Höhere Schule, die Angst vor Blamage beim Versagen des Kindes und die Auffassung, die Höhere Schule sei nur etwas für die „besseren Leute", zu nennen. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang oft auch die ungünstige Verkehrssituation. Es ist zwar schon in einigen Ortschaften möglich, mit Schulbussen zu fahren. Wenn man aber hört, daß ein Schulbus halb leer fährt, und ihm die Beförderung von Mittelschülern und Gymnasiasten verboten wurde, weil er nur für das neunte Schuljahr eingesetzt ist, muß man sich fragen, ob an zuständiger Stelle die Zukunft Hessens im neunten Schuljahr gesucht wird.

Man kann trotz der geringen Zahl von Bildungswerbern von einem guten Erfolg der Aktion sprechen, denn in vielen Ortschaften führen die Lehrer von sich aus die Werbung fort, manchmal mit der Hilfe von Studienräten. Oft konnten sogar einige Eltern zur Mitarbeit gewonnen werden.

Es wäre wünschenswert, wenn sich mehr Kommilitonen an der „Aktion Student aufs Land" beteiligten. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Vorträge und Diskussionen nicht nur für die betroffenen Eltern und die Lehrer neue Einsichten brachten, sondern auch für die beteiligten Studenten ein Gewinn waren.

ZUM STERBEN ZU WENIG

Theorie

Gesundheitsdienstordnung des Studentenwerks Darmstadt § 10, Ziff. 5: „Angehörige von RVO- und Ersatzkassen müssen diese zunächst in Anspruch nehmen."

Aufgrund dieser Vorleistungspflicht von RVO- und Ersatzkassen zahlen gleich mir rund 45% der Studenten zwar pro Semester DM 23,– SKVD-Beitrag, ohne die SKVD jemals in Anspruch nehmen zu können. Doch es gibt eine Ausnahme, und zwar ebenfalls § 10, Ziff. 5 der Gesundheitsdienstordnung: „Wenn ein Student zuvor eine RVO- oder Ersatzkrankenkasse in Anspruch genommen hat, so übernimmt die SKVD dann im Rahmen des Leistungstarifs die ungedeckten Restkosten."

Wirklichkeit

War es mein Fehler, daß ich diesen letztgenannten Passus zu wörtlich nahm? Als mir mein Arzt ein Medikament verordnete, das meine Ersatzkasse nicht zu zahlen bereit war, erinnerte ich mich jedenfalls an diesen Passus der Gesundheitsdienstordnung.

Ich rief also Fräulein Lutz von der Abteilung Gesundheitsdienst an und schilderte ihr den Fall. Ihre erste Reaktion – ich werde sie nie vergessen –: „Wenn Ihre Kasse das nicht zahlt, zahlen wir das erst recht nicht." Ja, so einfach ist das! Könnten Sie da noch ruhig bleiben?

Ich wies auf den Passus in der Gesundheitsdienstordnung hin, und mir wurde erklärt, daß die SKVD z. B. einen Teil der Krankenhauskosten 2. Klasse übernehme, außerdem Teilkosten für Brillengläser (nicht für Brillengestelle). Das hört sich zwar sehr schön an, aber legen Sie sich einmal in die Privatklasse eines Krankenhauses, ohne zu wissen, wie hoch am Schluß die Rechnung sein wird. Sie wissen nur eines: Ihre RVO-Kasse zahlt pro Tag DM 30,– und die SKVD DM 27,–. Wer sagt Ihnen aber, daß das Krankenhaus Ihnen auch pro Tag nur DM 57,– berechnet? Zu empfehlen ist also ein Krankenhausaufenthalt zweiter Klasse nicht. Bleiben noch Brillengläser. Hier scheint es also tatsächlich so zu sein – praktische Erfahrungen fehlen mir –, daß die SKVD 80% der Kosten für Gläser übernimmt, die auch die RVO- und Ersatzkassen übernehmen.

Doch zurück zu meinem Medikament. Die erste Hürde konnte ich also nicht nehmen – aber unterlaufen, indem ich mich beim Studentenarzt anmeldete, um ihm den Fall vorzutragen.

Ich hoffte, damit aus dem Bereich des „kategorischen Neins" in den Bereich der sachlichen Argumentation vorgedrungen zu sein – und Argumente bekam ich auch zu hören.

Um es vorwegzunehmen: Die SKVD zahlte mein Medikament nicht. Mit folgender Begründung des Studentenarztes: Die Kostenübernahme durch die SKVD setze voraus, daß das Rezept meines Arztes von ihm auf einen SKVD-Kassenblock umgeschrieben würde. Dieses Rezeptumschreiben – so der Studentenarzt – „stellt aber einen Eingriff in die Behandlung eines anderen Arztes dar, der auf der ganzen Welt nicht üblich ist." Ja, so einfach ist das! Mein Arzt müßte also – dieser Argumentation zufolge – das Rezept von vornherein auf einen SKVD-Kassenblock schreiben. Das kann er aber nicht, denn dazu müßte ich einen Krankenschein der SKVD haben. Den bekomme ich aber als Ersatzkassen-Versicherter nicht.

Ist doch alles ganz einfach! Einfach ja, wenn es darum geht, Ansprüche zurückzuweisen.

Kann man bis hierher noch lachen, so wird die folgende Szene abstrus – nämlich die Szene, in der mir der Studentenarzt klarzumachen versuchte, daß ich doch bei der SKVD günstig versichert sei, denn eine Versicherung zu rund DM 4,– pro Monat würde mir keine andere Kasse bieten.

Wahrlich, er hat recht! Was ich von der SKVD geboten bekomme, kann mir wirklich keine andere Kasse bieten. Selbst wenn ich die Wahl hätte, aus der SKVD auszutreten, würde ich es mir überlegen: Für 23,– DM pro Semester bekomme ich nirgendwo das geboten wie von der SKVD: Absurdität in Reinkultur.

hw

PLUMP VERTRAULICH

Es ist jammerschade, daß die Ergebnisse der allsemesterlichen Fragebogenaktion nicht veröffentlicht werden – schade wegen der Fragen 2, 7 und 8. Wer hätte nicht gerne einmal gewußt, wieviel Promille der Studentenschaft „Fritz" mit (unterstrichenem) Rufnamen und „Seitz-Meyer" mit Nachnamen heißen (Frage 2), was die mittlere Hausnummer von Studentenbuden ist (Frage 7) oder wieviel die durchschnittliche Postleitzahl der nicht studienbedingten Aufenthaltsorte beträgt (Frage 8)? Doch die Angaben „dienen nur statistischen Zwecken" und müssen deswegen „vertraulich behandelt" werden.

Es mag ja einige Leute geben, die es seltsam berührt hat, daß man sich zu statistischen Zwecken so eingehend nach ihren Personalien erkundigt hat. Sie mögen vielleicht an Kommilitonen, Examenskandidaten, gedacht haben, denen die Post auffallend viele Prospekte von Versicherungsgesellschaften an die – an und für sich nur den Sekretariaten bekannte – Adresse lieferte, und mögen nun den Vertraulichkeiten von Seiten der Hochschule mit Mißtrauen begegnen. Diesen Leuten seien hier zwei Dinge gesagt:

1. Die Erfahrung ihrer Kommilitonen beweist bestenfalls die Existenz eines Zufalls. 2. Vertrauen setzt voraus, daß man weiß, wem man es schenkt – ein Grundsatz, mit dem es bis jetzt noch jede Behörde zu Größe und Umfang gebracht hat. Wie sollte die Hochschule einem Menschen glauben können, von dem sie weder Namen noch Semester- und Heimatanschrift kennt?

ff

Jerzy Urban

LIEBT DIE STUDENTEN!

Sie sind zu allem fähig: zum gemeinschaftlichen Geschrei, zur nächtlichen Ruhestörung, zum provokativem Tragen ausgefallener Kleidung, zu widerborstigen Anschauungen, zum Stellen von Fragen, die kein Mensch von gesunden Sinnen stellen würde, zum Gelächter, zum Zurschaustellen eine Miene, als sei das Leben nur eitel Freud' und Heiterkeit (was wiederum Besorgte und Bedrängte beleidigt), zum Verkünden oder Praktizieren von ketzerischen Gedanken, zum Auftreten in Herden, zum spekulativen Denken und zum Einschlagen bestimmter Fensterscheiben unter bestimmten Umständen.

Keine Gesellschaft liebt ihre Studenten. Das ist verständlich, denn schon ihr Anblick suggeriert den Eindruck, als werden die Tugenden der Wohlanständigkeit, des Konformismus und der Resignation relativiert und sogar dem Gelächter preisgegeben.

Aber die Gesellschaft liebt ihre Studenten aus tieferer Ursache nicht: sie sieht in ihnen unbewußt ihre eigene Karikatur.

Die Vorstellungen der Studenten von sich selbst werden auf Grund dessen gestaltet, was die Gesellschaft von ihnen denkt. Der Mechanismus ist folgender: Die Studenten schaffen Vorwände, und diese Vorwände werden von der Zuschauermasse, der sogenannten Öffentlichkeit, als „Wahrheit über die Studenten" aufgenommen. Die daraus resultierenden Urteile kehren zurück und werden zur Grundlage der Selbsteinschätzung der studentischen Gruppe.

Der Student schließlich und endlich gewinnt die Überzeugung, daß sein Denken, sein Verhalten, seine Weltanschauung avantgardistisch ist, erhaben über den gesellschaftlichen Durchschnitt, von Tradition befreit. Ryszard Dyoniziak bemerkt, für die Studentenschaft sei der Stil „des Scherzens über das, an was man teilnimmt" charakteristisch; aber daß man teilnimmt, das sei nur ein Spaß.

Das politische Denken der Studenten zeichnet sich nicht durch übermäßige Kompliziertheit aus: Rationelles Wirtschaften, gerechte gesellschaftliche Verhältnisse, die Möglichkeit des Aufstiegs für Begabte und so weiter. Alles das scheint in diesem Jahrhundert und diesem Milieu erreichbar durch Anstrengungen von Leuten guten Willens und mit Einfluß auf den Gang der Dinge. Das Hören von Vorlesungen über die Komplexität der Welt schafft nicht einmal den Glauben an diese Komplexität, geschweige denn die Fähigkeit zum Verständnis der wirklichen Lebensmechanismen.

Um den Studenten oder die Studentin zu lieben, muß man sich vor allem bewußt machen, daß sie nicht Menschen sind, die lauter als andere im Café sprechen, in närrischer Verkleidung durch die Stadt promenieren oder kürzere Röcke tragen als die Funktionärinnen der Frauen-Liga. Es sind vor allem Menschen, die das Gesetz vom Achtstundentag nicht betrifft. An manchen Fakultäten beträgt die Wochenstundenzahl vierzig und fünfzig, und das Programm verlangt vom Studenten, daß er noch mal so viel an selbständiger Arbeit investiert. Die Mühen eines Beamten, der acht Stunden hinter dem Schreibtisch sitzt und zwei Stunden davon beschäftigt ist, scheinen dem Publikum nur deshalb weitaus bemerkenswerter als die des Studenten, weil der erstere acht Stunden lang sitzt und somit in den Anlagen und Straßen nicht gesehen wird.

Der Student ist ein Mensch, der nicht selten vor wenigen Monaten noch Schüler war, das heißt: jemand, der wegen seiner Frisur verächtlichen Bemerkungen Erwachsener ausgesetzt war, jemand, mit dem man nicht spricht, sondern dem man etwas auseinandersetzt. Aus all dem wurde er von einem auf den anderen Tag befreit. Er wurde zu einem Geschöpf von nichttypischer und vergänglicher Art, schwebend im leeren Raum zwischen der natürlichen Welt des Kindes und der anderen natürlichen Welt der Erwachsenen, dem Dreieck aus Arbeitsplatz, Familie und Nachbarschaft.

Man muß den Studenten auch deshalb lieben, weil er so, wie er ist, die Erwartungen erfüllt. Bei der Immatrikulation gelobt er, brav zu sein. Er verspricht, fleißig seinem Studium nachzugehen, sich gut zu betragen, strikt alle Vorschriften und Anordnungen zu befolgen, höflich zu sein gegen Lehrer, Beamte der Hochschule und Kommilitonen und das Hochschuleigentum pfleglich zu behandeln. Die erste Studentenpflicht ist also, nichts Böses zu tun. Die große Mehrheit hält sich auch strikt daran, und es scheint, als sei das eher das Verdienst des allgemein-gesellschaftlichen Klimas als das Ergebnis bewußter Manipulationen der Pädagogen.

Das ökonomische Denken wird in einer Art gelehrt, die auch gleich als Beispiel für das Studium der Effizienz der geistigen Arbeit dienen kann. Fünfzig bis achtzig Prozent seiner Zeit in der Hochschule verbringt der Student in Vorlesungen. Sechs Stunden täglich hört er, was er auch in einer Stunde Skriptlesen lernen könnte.

Durch Umfragen wurde festgestellt, daß 80 Prozent der Studenten das Lernen als Zwang betrachten. Deshalb auch muß man den Studenten lieben, weil er nicht ein Geschöpf ist, das gerade seine glücklichsten Lebensjahre erlebt. Während er sich auf den grauen Alltag, auf das konformistische Dasein vorbereitet, ist er sich bewußt, eine Periode der größten Freiheit in der Wahl der Partner für seine Geselligkeiten zu durchleben. Und wenn der Student sich nonchalant kleidet und einige Dezibel lauter spricht oder singt als seine Mitmenschen, den polizeilich garantierten Nachtfrieden stört, dann tut er das im Bewußtsein, bald die Jeans wieder mit einem noblen Anzug vertauschen zu müssen.

Man muß den Studenten lieben als einen Menschen, der schwere und ungeliebte Arbeit tut, ohne für sie das monetäre Äquivalent zu erlangen zu einer Zeit, da nach der Befreiung aus dem schulisch-häuslichen Zuchthaus das Geld die größte Anziehungskraft hat. Und auch deshalb muß man ihn lieben, weil seine nonchalante Lebensfreude getrübt ist durch das Bewußtsein der Vergänglichkeit dieser geselligen, fröhlichen Studienzeit, die ja nur eine Zwischenstation ist zwischen den eigenen Windeln und den Windeln seines ersten Kindes.

Liebt die Studenten, denn sie haben es schwer!

Entnommen aus der polnischen Zeitschrift „POLITYKA" v. 29. 4. 1967
Übersetzung und Bearbeitung:
Eberhard Pahlberg

foto: fischer

Eberhard Pahlberg

UNSER GESPRÄCH MIT PROFESSOR DR. GERHARD KADE

Inhaber des Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie

dds: Herr Professor, Sie sind Ordinarius für Statistik und und Ökonometrie. Was versteht man, kurz gesagt, unter Ökonometrie?

Kade: Die Ökonometrie ist ein Versuch, die „reine" ökonomische Theorie dadurch für Erkenntnis und praktische Aktion leistungsfähiger zu machen, daß man sie mit den Methoden der Statistik zusammenführt. Die reine ökonomische Theorie hatte bisher immer die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Variablen in ganz allgemeinen formalen Gleichungssystemen dargestellt, in denen die Parameter der Strukturgleichungen numerisch nicht bestimmt waren. Dadurch nun, daß die statistischen Methoden an die Modelle der ökonomischen Theorie herangeführt werden, versucht man, diese allgemeinen Parameter in den Modellen der mathematischen Wirtschaftstheorie numerisch zu schätzen, um damit quantitativ Auskunft zu geben über Zusammenhänge des Wirtschaftsprozesses und um Vorausschätzungen des Wirtschaftsprozesses machen zu können.

dds: Herr Professor, Sie betreiben die Statistik nicht nur in Hinsicht auf Wirtschaftsfragen, sondern als Wissenschaft allgemein. Nun ist es herkömmlich so, daß es eine Trennung gibt zwischen sozialwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Statistik. Halten Sie diese Trennung für gerechtfertigt?

K.: Ich halte die Trennung zwischen naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Statistik nicht für gerechtfertigt. Ich bin der Meinung, daß die Statistik eine ganz allgemeine Wissenschaft ist, die uns Anweisungen dafür gibt, wie Entscheidungen unter der Voraussetzung unvollständiger Informationen getroffen werden können. Wenn ich von Entscheidungen spreche, so bedeutet das nicht nur Entscheidung im Sinne von Handlung, sondern auch Entscheidung in dem ganz weiten Sinne, daß hier der Forschungsprozeß in den empirischen Wissenschaften selbst als ein Entscheidungsproblem aufgefaßt wird, daß man also unter den Bedingungen der unvollständigen Information die optimale Forschungsstrategie zu wählen hat. Wenn ich eine Unterscheidung zwischen sozialwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Statistik ablehne, so deshalb, weil dieses Phänomen der unvollständigen Information und damit die Notwendigkeit, immer nur auf Grund einer Stichprobe Gesetzmäßigkeiten zu finden und Urteile über größere Gesamtheiten abzugeben, sowohl in der naturwissenschaftlichen wie in der sozialwissenschaftlichen Forschung vorliegt, obgleich die Naturwissenschaften die Möglichkeiten des kontrollierten und häufig beliebig oft reproduzierbaren Experiments haben.

dds: Eine andere Frage, Herr Professor Kade: Gegenwärtig diskutiert man sehr viel über Planung in der Bundesrepublik, im Ausland, auch im Zusammenhang mit der EWG. In der Bundesrepublik scheut man sich aber, das Wort Planung auszusprechen. Warum ist das eigentlich so? Hat das ideologische Gründe?

K.: Ja, das hat weitgehend ideologische Gründe. Man ist in der Bundesrepublik der Meinung gewesen, daß wir durch das sogenannte Konzept der sozialen Marktwirtschaft einen wirtschaftlichen Erfolg erreicht hätten, der immer wieder mit dem Begriff des „Wirtschaftswunders" belegt worden ist. Diese scheinbare Rechtfertigung einer Wirtschaftsordnung, die auf planmäßige Wirtschaftspolitik verzichtet, ist deshalb keine Rechtfertigung für dieses Ordnungskonzept und damit für die Ablehnung von Planung, weil dieses Wirtschaftswunder tatsächlich gar nicht als Resultat der Politik der sozialen Marktwirtschaft aufzufassen ist, sondern auf eine Reihe von günstigen Strukturfaktoren zurückzuführen ist, die sich genau so während der 50iger Jahre etwa in der Sowjetunion und in Japan nachweisen lassen, in Ländern also, die unter völlig anderen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten hervorgebracht haben. Die Ablehnung von Planung ist also verbunden mit dem Versuch, eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption durchzusetzen, in der keine Möglichkeit zur Erfolgskontrolle bestehen soll. Dadurch, daß bestimmte Alibiklauseln und

Immunisierungsstrategien in das wirtschaftspolitische Konzept eingebaut werden, ist das politische System in der Lage, jedes tatsächliche Resultat des Wirtschaftsprozesses als einen Erfolg zu buchen. Wir werden aber – und ich glaube, Anzeichen dafür sind mit der neuen Regierung jetzt da – immer stärker zur Einsicht in die Notwendigkeit einer planmäßigen Wirtschaftspolitik gedrängt werden, und es ist eben nur schade, daß es erst zu einem sehr merkbaren Konjunkturrückschlag kommen mußte, um die ideologisch bedingte Abwehr gegen planmäßige Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik zu überwinden.

dds: Die Durchsetzung von Planzielen ist ein rechtliches Problem. Sie erfordert eine rechtliche Struktur, die es gestattet, den Maßnahmen in der Realisierungsphase den nötigen Nachdruck zu verleihen. Diese Struktur in der Bundesrepublik scheint – wie es im Augenblick aussieht – nicht so aufgebaut zu sein. Ist das auch Ihre Meinung?

K.: Ja, ich bin hier weitgehend der Meinung, daß bestimmte rechtliche Konstruktionen, z. B. bestimmte Artikel unseres Grundgesetzes, sehr planungsfeindlich sind, daß sie so konstruiert sind, daß eine planmäßige Wirtschaftspolitik nicht durchgesetzt werden kann. Ich würde aber nicht meinen, daß die Durchsetzung bestimmter Programme allein ein rechtliches Problem ist, weil wir uns vorstellen können, daß in das System Leistungsanreize eingebaut sind, daß bestimmte Anpassungsprozesse innerhalb des Systems selber möglich sind.

dds: Vor einiger Zeit ist ein Gutachten des Gutachtergremiums, der „fünf Weisen", veröffentlicht worden. Und zwar war das ein Sondergutachten und ist als Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate zu verstehen. Dieses Ergänzungsgutachten zeigt, daß die Technik der Wirtschaftsprognosen noch nicht vollkommen ist.

K.: Die Ergänzung des letzten offiziellen Sachverständigengutachtens durch ein Zusatzgutachten war deshalb notwendig, weil jenes Gutachten zu einer Zeit erstellt werden mußte, als noch nicht sämtliche Auswirkungen des Konjunkturrückschlages erkennbar waren. Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß die Wirtschaftsprognose noch nicht vollständig entwickelt ist. Das Prognoseproblem und das Planungsproblem sind neue Ansatzpunkte der Wirtschaftswissenschaft und anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen, und wir können deshalb heute noch keine Wunder erwarten. Wir arbeiten laufend an der Verbesserung solcher Prognosetechniken, und wir können erwarten, daß die Prognosen, die wir auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet zu erstellen vermögen, sehr bald bessere Resultate ergeben werden. Man kann aber sagen, daß außerhalb des Sachverständigengutachtens eine Reihe von Prognosen gemacht worden sind, die den Konjunkturrückschlag in all seinen Ausmaßen sehr genau vorausgesagt haben. Ich rechne dazu einige Prognosen der unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Deutschland, die glücklicherweise etwas später veröffentlicht werden konnten. Das Sachverständigengutachten ist ja bekanntlich immer an einen bestimmten Termin gebunden.

dds: Eine Zwischenfrage noch zu den Prognosen. Inwiefern haben solche Prognosen eine Rückwirkung auf den Wirtschaftsprozeß?

K.: Alle sozialwissenschaftlichen Prognosen haben eine Rückwirkung auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse. Ich meine überhaupt, daß das die wichtigste Eigenart sozialwissenschaftlicher Prognosen ist, verglichen mit Vorhersagen, wie sie in den naturwissenschaftlichen Bereichen stattfinden. Man spricht in diesem Zusammenhang von dem „Gesetz der sich selbst rechtfertigenden Erwartungen", oder man verwendet mit dem amerikanischen Soziologen K. Merton den Begriff der „self-fullfilling prophecies". Das heißt also, daß wenn wir beispielsweise eine inflationäre Tendenz voraussagen würden – wenn sich viele der wirtschaftswissenschaftlichen Institute etwa einig darüber wären, daß wir in der Zukunft einen erheblichen Preisauftrieb zu erwarten hätten – dann würde durch die Veröffentlichung einer solchen Prognose ein Verhalten induziert werden, das genau zur Bestätigung dieser Prognose beitragen könnte.

Dr. rer. pol. Gerhard Kade

8. 10. 1931	geboren in Berlin
1949	Externe Reifeprüfung
1949—1956	Studium der Philosophie und Germanistik, dann Volkswirtschaft und Soziologie an der FU Berlin
1957	Promotion
1958—1961	Assistent bei Prof. Tiburtius
1961	Venia legendi für Volkswirtschaftslehre
seit 1964	Leiter der Abt. Entwicklungsländer am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Mitglied einer Sachverständigenkommission der EWG
1965	Beratung der griechischen Regierung im Auftrag der OECD
1. 3. 1966	Berufung auf den Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der TH Darmstadt

Gastdozenturen

1963	New-Delhi
1964	Universität Basel
1965	Colegio de Mexico
1965	UN Institute of African Economic Planning in Dakar

dds: Herr Professor, soweit uns bekannt ist, beschäftigen Sie sich im Rahmen der OECD mit Bildungsplanung. Welche grundsätzlichen und welche praktischen Schwierigkeiten ergeben sich beim Übergang von der Wirtschaftsplanung zur Bildungsplanung? Was läßt sich auf diesem Gebiet überhaupt planen?

K.: Ich muß zunächst etwas richtig stellen. Ich beschäftige mich zwar im Auftrag der OECD mit verschiedenen Fragen der Wirtschaftsplanung, vor allen Dingen in unterentwickelten Gebieten, aber mit Bildungsplanung beschäftige ich mich in Verbindung mit dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Die Frage nach der Möglichkeit von Bildungsplanung ist eine Frage, die heute in vielen Ländern eine erhebliche Rolle spielt, und zwar in den westlichen Ländern besonders seit dem sogenannten Sputnik-Schock, bei dem man plötzlich eine Kluft zwischen dem wissenschaftlichen Fortschritt in den Ostblockländern und dem der westlichen Länder zu bemerken glaubte. Die Möglichkeiten der Bildungsplanung

sind sehr vielfältig. Die wichtigsten Probleme, die in diesem Zusammenhang bisher untersucht worden sind, sind Probleme der Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Bildungspolitik. Man hat in Berlin das große Institut für Bildungsforschung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft gegründet, das ein interdisziplinäres Institut ist und sich von der Soziologie, von der Pädagogik, von der Psychologie, von der Jurisprudenz und von der Ökonomie und Statistik her mit Fragen der Bildungsforschung und der Bildungsplanung befaßt.

dds: Kann man Bildung planen und wenn ja, wie?

K.: Die Probleme der Bildungsplanung sind weitgehend auch quantitative Probleme, d. h. also Probleme, die sich in Schülerzahlen, in Zahlen der Hochschulabsolventen, in Übergangsquoten von einem Schultyp zum anderen usw. fassen lassen. Soweit sich also solche quantitativen Relationen herstellen lassen, stellen sich bei den Problemen der Bildungsplanung grundsätzlich keine neuen Fragen im Vergleich zu anderen Formen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planung.

Die Ansätze für Bildungsplanung in Deutschland sind noch sehr gering; man befindet sich eigentlich immer noch im Vorhof der Bildungsplanung, insofern nämlich, als man lediglich eine Reihe von Prognosen gemacht hat, die vom zukünftigen Kräftebedarf ausgehen, um zu Vorausschätzungen des wirtschaftlichen Wachstums und des Arbeitskräftebedarfs etwa bis zum Jahre 1980 zu gelangen, und versucht hat, auf die notwendigen Abiturientenquoten, Anzahl der Hochschulabsolventen usw. zurückzuschließen. Alle diese prognostischen Versuche befinden sich deshalb nur im Vorhof der Bildungsplanung, weil ja Planung im Unterschied zur Prognose immer die Änderung einer gegebenen Struktur voraussetzt, während bei jeder Prognose eine gegebene Struktur gewissermaßen nur fortgeschrieben wird. Wenn wir also von Bildungsplanung reden, so müssen wir dabei im Auge haben, daß wir eine grundsätzliche Änderung unseres Bildungssystems in Kauf nehmen müssen, daß wir grundsätzlich auch eine Umorganisation unserer Kultusverwaltungen in Kauf nehmen müssen, insofern nämlich, als Planung auch hier wiederum einen funktionsfähigen Verwaltungsapparat für die Durchsetzung der Pläne erfordert. Unsere gegenwärtigen Kultusverwaltungen sind für Planungen nicht organisiert, sie haben keine Fachleute für Planung, sondern Fachleute für Verwaltung, und Verwaltung ist gerade nicht Planung, sondern Verwaltung zielt auf die sinnvolle Ausnutzung einer gegebenen Struktur, nicht aber auf die Änderung einer vorgegebenen Struktur oder Organisation.

dds: Im Zusammenhang damit steht die Frage nach der Effizienz der Wissensvermittlung. Sie selbst stellen in Ihren Vorlesungen bei der Darstellung der Materie deutlich auf Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte ab und weisen auf deren Bedeutung hin. Ist es nicht auch zweckmäßig, den Studenten den Stoff so anzubieten, daß es ihnen nicht überflüssige Mühe macht, dieses Material in sich aufzunehmen? Sie selber gehen ja, wenn man so sagen darf, mit gutem Beispiel voran, indem Sie mit Hilfsblättern und mit Literaturhinweisen die Studenten von Schreibarbeit entlasten und außerdem Schreib- und Hörfehler vermeiden helfen.

K.: Ja, ich glaube sehr, daß man die von der modernen Pädagogik angebotenen Verfahrensweisen möglichst stark im akademischen Unterricht ausnutzen sollte, und ich glaube, daß auch wir nach und nach zu Formen des akademischen Unterrichts kommen müssen, wo alles das, was an Grundwissen vermittelt werden kann, nicht mehr in die großen Vorlesungen gehört, sondern dort tatsächlich durch vorbereitetes Unterrichtsmaterial, später vielleicht auch schon durch Formen des automatisierten Unterrichts – es liegen hier gewisse Erfahrungen im Bereich der pädagogischen Kybernetik vor – vermittelt wird, daß man alles das auf diese Weise erledigt und dann die Veranstaltungen, in denen der Ordinarius mit einer Reihe von Studenten zusammentrifft, tatsächlich dazu ausnutzen kann, problemorientierte Diskussionen durchzuführen, durch die auch wieder das erreicht wird, was wir im Eingang unseres Gesprächs schon einmal angegriffen haben, nämlich das Überbrücken der Grenzen zwischen den verschiedenen Wissenschaften und dasjenige, was mit dem heute allerdings immer noch als Schlagwort kursierenden Programm der interdisziplinierenden Forschung angesprochen ist.

dds: Würde zu den neuen Formen des Unterrichts auch gehören, daß Grundlagen im weitesten Sinne, also Wissenschaftstheorie, zur Voraussetzung des Lernens und Studiums überhaupt gehören würden, so daß man es als Student mit Hilfe dieses grundsätzlichen Wissens darüber, wie man zu den Erkenntnissen gelangt, leichter hätte, tatsächlich zu Erkenntnissen zu gelangen?

K.: Davon bin ich fest überzeugt, und ich bin der Meinung, daß eine sehr genaue und sehr grundlegende Ausbildung in Fragen der Wissenschaftstheorie und der Logik in allen Fakultäten notwendig wäre, weil sich die Fülle des angebotenen Tatsachenwissens im Vergleich zu dem, was angeboten werden kann, immer stärker reduzieren muß, so daß also derjenige, der ein Hochschulstudium absolviert hat, vor allen Dingen in der Lage sein muß, diese Technik, zu Forschungsergebnissen zu gelangen, zu beherrschen und nicht nur angefüllt sein darf mit einer Fülle von Tatsachen und Wissen. Ich zähle die moderne Wissenschaftstheorie zu einem der fundamentalen Ausbildungsgebiete in allen Fakultäten, und ich habe schon im Zusammenhang mit der Statistik den Versuch gemacht zu zeigen, daß es sich bei der Statistik nicht nur um eine Sammlung von Kochrezepten handelt, sondern gerade den Versuch gemacht habe zu zeigen, wie die Statistik in dieses fundamentale wissenschaftstheoretische Konzept hineinpaßt, um damit eben zu erreichen, daß das Urteilsvermögen der Studenten ausgebildet wird.

dds: Herr Professor, es ist in der letzten Zeit bekanntgeworden, daß sie beabsichtigen, hier an der Hochschule ein Planungsinstitut aufzubauen. Welche Vorstellungen haben Sie in diesem Zusammenhang?

K.: Ich bin bei diesen Überlegungen davon ausgegangen, daß wir wegen der vorhin schon angesprochenen Vernachlässigung von Planungsproblemen in Deutschland keinerlei Universitätsinstitute besitzen, die sich in einer umfassenden Weise mit den Methoden und Problemen der gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Planung befassen. Das war der eine Ausgangspunkt. Der zweite Ausgangspunkt ist der, daß hier an einer Technischen Hochschule wegen der Verbindung von wirtschaftswissenschaftlichen, technischen und mathematischen Fächern ein besonders günstiges Klima für den Aufbau eines solchen Institutes besteht. Ich habe schon zu diesem Zwecke Kontakt aufgenommen mit meinem Kollegen Oppelt, der das Gebiet der Rege-

lungstechnik hier vertritt, weil ich glaubte, daß die Verbindungslinie zwischen der modernen Kybernetik und der gesamtwirtschaftlichen Planung besonders gepflegt werden müsse; auf jeden Fall zeigen uns einige Untersuchungen, die vor allen Dingen in den Ostblockländern gemacht worden sind, daß von einer solchen Verbindung zwischen Kybernetik und Planung entscheidende Ergebnisse zu erwarten sind. Der dritte und vielleicht nicht der geringste Anlaß für diese Überlegungen war der, daß im Land Hessen ja seit einer geraumen Zeit eine sehr gut fundierte Anstrengung in Richtung auf eine solche gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Planung auf Landesebene gemacht wird. Der Große Hessenplan ist ein erster großer Versuch der Planung innerhalb eines Bundeslandes, und ich glaube, daß wir hier dann die Möglichkeit haben werden, in einer ständigen Kommunikation zwischen Wissenschaft und praktischer Politik zu einer Verbesserung der wissenschaftlichen Grundlagen des Hessenplanes beitragen zu können, und daß wir auf der anderen Seite von den praktischen Erfahrungen mit diesem Hessenplan gewisse Anregungen für die Verbesserung des Instrumentariums der Planungstheorie erwarten können.

dds: Beabsichtigen Sie auch Methoden zur Simulation von wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Vorgängen zu studieren?

K.: Wir werden bei unseren Versuchen, die Planungstheorie weiterzuführen, auch Methoden der Simulation anwenden müssen, weil sich die Simulationsmethoden in den letzten Jahren immer stärker entwickelt haben. Sie wurden bisher allerdings vornehmlich auf mikroökonomische Systeme angewandt, aber es gibt auch einige Versuche, gesamtgesellschaftliche Systeme zu simulieren. Ich glaube, daß diese Simulationsmethoden ein erster Schritt auf dem Wege sind, die für sozialwissenschaftliche Problemstellungen angemessene Form des Experiments zu finden.

dds: Zum Abschluß noch eine Frage aus dem Hochschulschulbereich. Sie haben die Leitung der Pressestelle der Hochschule übernommen. Welche Aufgabe hat die Pressestelle und wie arbeitet sie?

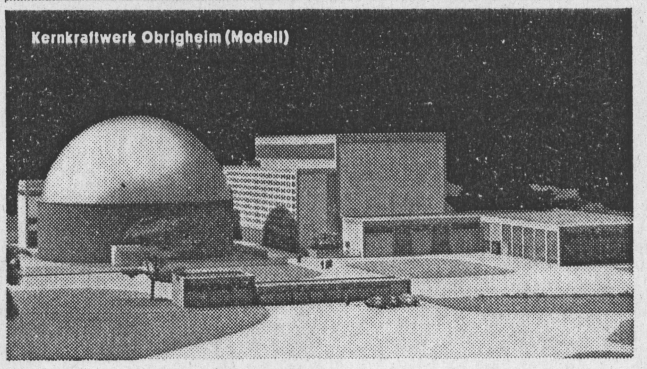
K.: Ich habe die Pressestelle kürzlich übernommen, und wir wollen versuchen, die Pressestelle zu einem Zentrum der Verbindung zwischen der Hochschule und der Öffentlichkeit zu machen. Wir haben vor allen Dingen natürlich die Aufgabe einer laufenden Information der Öffentlichkeit und haben dazu eine neue Form der bisher erschienenen Hochschulnachrichten gefunden. Die Hochschulnachrichten werden in einer weniger aufwendigen Form, dafür aber jetzt häufiger erscheinen und werden alle Nachrichten enthalten, die möglichst rasch an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Nachrichten, die die Ergebnisse der Arbeit einzelner Institute betreffen und die über längere Zeiträume der Hochschulentwicklung berichten, wollen wir in einem Jahrbuch zusammenfassend veröffentlichen. Das Jahrbuch wird erstmalig Anfang 1968 herauskommen und über das Jahr 1967 berichten. Jedes Institut wird aufgefordert werden, über die wichtigsten Forschungsergebnisse, die wichtigsten Forschungsvorhaben, die Promotionen, Habilitationen usw. zu berichten, und wir werden das in einer angemessenen Form dann in dieses Jahrbuch aufnehmen, so daß die Hochschule jährlich durch einen solchen zusammenfassenden Bericht an die Öffentlichkeit tritt.

dds: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SIEMENS

Was möchten Sie als junger Ingenieur?
Sie wollen nach dem Studium Ihre Kenntnisse in der Praxis anwenden.
Sie wollen Ihre Fähigkeiten beweisen und Ihre Leistungen anerkannt wissen.

Was finden Sie im Hause Siemens?
Aufgaben für die Zukunft.



Satellitenstation und Kernkraftwerk sind nicht nur äußerlich miteinander verwandt.

Die Satellitenbodenstation empfängt Signale, die nur 10^{-10} W an die Antenne liefern. Sie hat auch umfangreiche starkstromtechnische Einrichtungen. Datenverarbeitungsanlagen steuern die Antennenbewegungen.

Ein Kernkraftwerk stellt elektrische Leistungen von etlichen 10^{8} W zur Verfügung. Es hat auch umfangreiche schwachstromtechnische Einrichtungen. Datenverarbeitungsanlagen überwachen und steuern die verschiedenen Prozesse der Energieumsetzung.

Wir bearbeiten alle wichtigen Gebiete der Elektrotechnik. Ingenieure verschiedener naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildungsrichtungen wirken bei uns an der Lösung aktueller Probleme mit. Neue Methoden werden angewandt, moderne Hilfsmittel eingesetzt.

Über alle wichtigen Ingenieuraufgaben, über Weiterbildung und Entwicklungsmöglichkeiten informiert Sie unsere Schrift „Ingenieur im Hause Siemens".

Bitte schreiben Sie an die Abteilung Technisches Bildungswesen,
8000 München 25, Hofmannstraße 51,
8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Str. 50

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

DIE STUNDE DER GENERALE

Am Samstag, dem 29. 4. 67, organisierte der Griechische Studentenverein in Zusammenarbeit mit anderen Hochschulgruppen einen Protestmarsch durch die Innenstadt anläßlich des Militärputsches in Griechenland. In zahlreichen Transparenten wurde gegen die Aufhebung der Verfassung, gegen die Auflösung des Parlamentarismus und für die Wiederherstellung demokratischer Zustände demonstriert. An dem Marsch nahmen etwa 300 Menschen teil.
Ein griechischer Kommilitone hat uns gebeten, anläßlich dieser Demonstration seine Meinung zu veröffentlichen.

Die Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland hat die Weltöffentlichkeit erschüttert. Eine neue Diktatur in Europa im Jahre 1967, das war etwas, womit niemand, bis auf die Kenner der griechischen Verhältnisse, gerechnet hatte.
Sieht man von der fadenscheinigen Motivierung des Staatsstreiches als Präventivputsch gegen eine angebliche kommunistische Gefahr ab, so stellen sich dem politisch Denkenden zwei Fragen: Warum ein Militärputsch überhaupt und warum er zu diesem Zeitpunkt stattgefunden hat. Die Beantwortung dieser zwei Fragen enthält die Antwort auf die dritte mögliche Frage, welche Kreise diesen Putsch organisiert haben, setzt jedoch voraus, daß man das Wesen der modernen Demokratie begriffen hat. Die klassische Definition der Demokratie, nach der die einzelnen Bürger die gleiche politische Macht bei der Wahl ihrer Repräsentanten ausüben, die dann die Staatsgeschäfte nach dem „allgemeinen Volkswillen" führen, ist eine nicht mal gelungene Karikatur der wirklichen Zustände, denn die moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit wenigen Machtkernen, die die Parteien, das Parlament ,die Verwaltung und die Regierung des Staates entscheidend beeinflussen. Die Verbände der Großindustriellen, der mittleren Unternehmer, der Bauern, die verschiedenen Gewerkschaften, die Militärcliquen und die ausländischen Botschaften als Repräsentanten fremder Interessen – all diese Organisationen – haben Einfluß und üben politische Macht aus. So versteht sich der moderne Staat immer mehr als ein Vermittler, der versucht, eine Kompromißlösung zwischen den entgegengesetzten Interessen der verschiedenen Machtgruppen zu finden.
Der Staat funktioniert, solange eine mehr oder weniger lebensfähige Allianz der Machtgruppen existiert, die das bestehende System darstellt. Eine Krise entsteht, wenn eine der Machtgruppen versucht, ihre relative Stärke innerhalb des Systems zu erhöhen, oder wenn eine neue Gruppe versucht, sich an der Macht zu beteiligen.
Das wichtigste Problem für das Überleben eines bestehenden Systems, für die Erhaltung des Gleichgewichts in seiner inneren Struktur, ist seine Fähigkeit, sich den Veränderungen anzupassen, die der kulturelle, technologische und wirtschaftliche Fortschritt, sowie die internationale Entwicklung mit sich bringen. Es liegt an ihm, dem Machtanspruch der neugebildeten Gruppen, der aus ihrer Stärke entspringt, nachzugeben und ein neues Gleichgewicht herzustellen oder sich ihm zu widersetzen und damit, früher oder später, einen Zusammenstoß herbeizuführen. In diesem, und nur in diesem Rahmen, können die sozialpolitischen Revolutionen und Konterrevolutionen verstanden werden.
In Griechenland wurde der kulturelle, technologische und wirtschaftliche Fortschritt der letzten 30 Jahre vom bestehenden System sozialpolitisch ignoriert. Die Basis der machtausübenden Gruppen wurde nicht erweitert, das bestehende System blieb eine Oligarchie, die im ständigen Widerspruch zu den tatsächlich vorhandenen Kräften stand. Die zwei großen griechischen Parteien, die Rechte und das Zentrum, waren in den Jahren nach dem Krieg prinzipiell für die bestehende Ordnung, wobei die Rechte für absolut keine und das Zentrum für Änderungen, die den Kern des Systems nicht berührten, eintrat.
Die Rechte, die naturgemäß die Interessen der Oligarchie überzeugter vertrat, konnte sich bis 1961 legal an der Regierung halten, hauptsächlich durch Förderung und Ausnutzung der Angst vor dem Kommunismus. Da seit 1961 diese Angst, auf Grund der internationalen Entwicklung weitgehend zurückgeht, bediente sie sich Wahlfälschungen und Manipulationen, um die Wahlen zu gewinnen; was ihr auch gelang. Das bestehende System demonstrierte damit seine Entschlossenheit, an der Macht zu bleiben. Nachdem die propagandistischen Mittel den Erfolg nicht mehr garantierten, „eskalierte" es den Kampf mit dem Einsatz von politisch-polizeilichen Mitteln, die zunächst ausreichten.
Das Unbehagen im Volke, vom Vorsitzenden der Zentrumsunion Georgios Papandreou geweckt, und die von der Polizei der Rechten organisierte Ermordnung des linken Abgeordneten Lambrakis führten zum Ergebnis der Wahlen von 1964 und zu einem großen Sieg der Zentrumsunion. Die Oligarchie sah nun eine Partei in der Regierung, die zwar liberal, auf keinen Fall aber systemfeindlich war. 1964 trat ein neuer Mann auf die politische Bühne Griechenlands: Andreas Papandreou, Abgeordneter der Zentrumsunion, Professor der Wirtschaftswissenschaften und Sohn von Georgios Papandreou. Als erster griechischer Politiker definierte er den Begriff der modernen Demokratie und gab ihm konkrete Formen. Er formulierte das Verlangen der breiten Volksschichten nach Beteiligung an der Macht, analysierte die griechische Gesellschaft und erklärte den Wunsch nach Demokratisierung zu einem sozialen Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen das bestehende System. Es gelang ihm, das Volk von seinen Thesen zu überzeugen, die Intelligenz des Landes zu sich zu ziehen und seinen Einfluß in der Partei so sehr zu vergrößern, daß er als der eigentliche Führer der Zentrumsunion angesehen wurde.
Damit wurde die Partei, die an der Regierung war, zu einem Gegner des bestehenden Systems. Alle Voraussetzungen für eine schwere Krise waren da. Die Krise fing an am 15. Juli 1965 durch die Absetzung des Ministerpräsidenten Georgios Papandreou durch den König, also mit einer politischen Maßnahme, und fand ihren

vorläufigen Höhepunkt in dem Putsch des 21. April 1967, also in einer militärischen Maßnahme.

Die erste der anfangs gestellten Fragen „Warum überhaupt ein Putsch stattgefunden hat" läßt sich nach diesen Ausführungen folgendermaßen beantworten: Weil die Oligarchie entschlossen ist, ihre Macht mit niemandem zu teilen, weil sie durch propagandistische und politische Mittel ihre Stellung nicht mehr zu halten vermag und weil sie, fern jeglicher Moral, in einem Putsch bloß ein weiteres Mittel zur Etablierung des Status quo sieht.

Die Antwort auf die zweite Frage „Warum jetzt ein Putsch stattgefunden hat" läßt sich aus der speziellen griechischen politischen Entwicklung leicht erklären. Der Versuch, das bestehende System durch politische Mittel unverändert beizubehalten, scheiterte während der Zeit vom 15. Juli 1965 bis zum 21. April 1967 am erbitterten Widerstand der breiten Volksschichten, deren politisches Bewußtsein während

RUM and MAPLE
Original-amerik. Pfeifentabak.
Wird jetzt in Deutschld. hergest.
Durch Zollersparnis nur 2.50 DM
Gratispröbchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

dieser Zeit gestärkt wurde. Die Wahlen, die am 28. Mai hätten stattfinden sollen, würden ohne jeden Zweifel die Zentrumsunion an die Macht gebracht haben, und damit die Kräfte, die den Kleinbürgern, Arbeitern und Bauern politischen Einfluß und Macht gewähren wollten, das Land also im Sinne einer breiteren Machtstreuung demokratisieren und damit das bestehende System gefährden würden. Der Militärputsch war zu diesem Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, die geschichtliche Entwicklung aufzuhalten.

Die dritte Frage „Wer diesen Putsch organisiert hat" wurde damit automatisch beantwortet, und es ist dabei vollkommen untineressant, ob der König oder bestimmte Politiker sich aktiv an diesem Putsch beteiligt haben, sie sind, ob sie es zugeben oder nicht, Repräsentanten des bestehenden Systems, welches gegen das Volk und den Fortschritt geputscht hat.

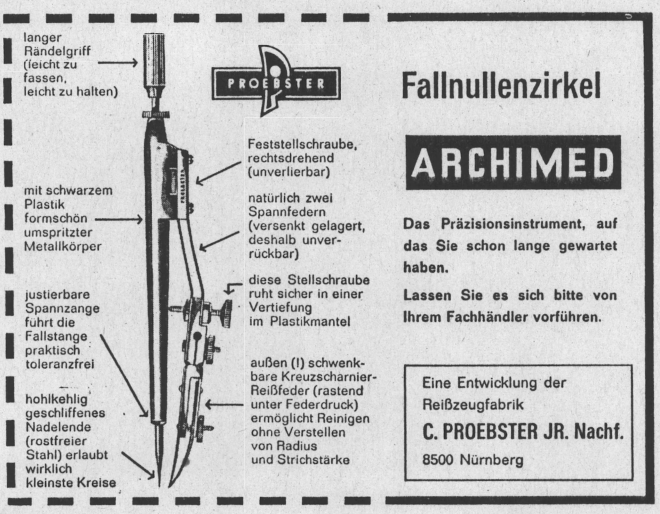
Homer Anagnostidis

LSD - BEDINGT ANWENDBAR

Riesige Manschettenknöpfe, winzige Elefanten und überdimensionale Käfer sind grellgefärbte Ausgeburten menschlicher Phantasie im LSD-Rausch. Aber nicht nur die Phantasie erhebt sich in ungekannte Sphären, auch nie erlebte Glücks- und Angstgefühle vermag die Droge zu wecken. Vielleicht sind ihr deswegen in Amerika schon die Vierzehnjährigen verfallen. Auch in Deutschland wird LSD demnächst Triumphe feiern. Jedenfalls meint das der Psychoanalytiker Dr. Walter Marseille aus München, der am 5. Mai 1967 auf Einladung der Humanistischen Studenten-Union seine Erfahrungen mit LSD im Selbstexperiment und in der Psychoanalyse vor einem interessierten Publikum in einem volkstümlich zugeschnittenen Vortrag schilderte. Marseille, der jede einzelne Phase des achtstündigen LSD-Rausches vor den Zuhörern ausbreitete, wollte damit weniger neugierig machen, als die Bedeutung des Mittels für die „Wissenschaft von der Seele des Menschen" hervorheben. Gleichzeitig verband er mit seinen Ausführungen eine ernste Warnung vor leichtfertiger Anwendung der Psychodroge und empfahl dringend, LSD nur unter verständnisvoller Aufsicht zu nehmen. Sonst könne es passieren, daß man im Hochgefühl der Freiheit ein offenes Fenster im dritten Stock für ein Portal hält, das man unbedingt durchschreiten müsse. Wieviele Leute aus einem LSD-Rausch nicht mehr erwacht sind, konnte Marseille jedoch nicht sagen. Er glaubte aber zu wissen, daß es hier weitaus weniger Opfer gibt, als bei denen, die ihren Geist in Volltrunkenheit aufgeben, obwohl LSD bisher in Amerika ähnlich weit wie der Alkohol verbreitet sei. Durch geeignete Techniken könne man die Phantasieauswüchse abbremsen und stattdessen das Erinnerungsvermögen an verdrängte Erlebnisse aktivieren. Das sei das Prinzip der psychotherapeutischen Behandlung, die mit Hilfe des LSD-Rauschs wesentlich beschleunigt würde. LSD, das wegen seines Verbots durch das Rauschgiftgesetz – dabei besteht bei der Bewußtseinsdroge keinerlei Suchtgefahr im üblichen Sinne – in der Bundesrepublik nur für wissenschaftliche Zwecke freigegeben ist, wird auf dem schwarzen Markt verhältnismäßig billig in Form von auszulutschenden Löschblättern gehandelt. Trotz dieser dem amerikanischen Rauschgiftgesetz angepaßten Bestimmungen wird es unmöglich sein, die weitere Verbreitung zu verhindern, so daß eine Aufklärung über sachgemäße und vor allem verantwortungsbewußte Anwendung der neuen Droge den Veranstaltern des Abends dringend erforderlich schien.

Der Psychoanalytiker, der bis 1963 in Berkeley praktizierte, ist einer der wenigen, die im Gegensatz zu vielen Illustrierten ernstgemeinte Aufklärung treiben.

Wolfgang Voss



Fallnullenzirkel
ARCHIMED
Das Präzisionsinstrument, auf das Sie schon lange gewartet haben.
Lassen Sie es sich bitte von Ihrem Fachhändler vorführen.
Eine Entwicklung der Reißzeugfabrik
C. PROEBSTER JR. Nachf.
8500 Nürnberg

BLICK NACH TÜBINGEN: LEIBNIZ-KOLLEG

Schon lange nicht mehr können Hochschulen das sein, was sie früher einmal gewesen sind: Geistige Bildungsstätten im Hinblick auf die Einheit der Wissenschaft. Eine einheitliche, individuell geschlossene Bildung existiert seit über hundert Jahren nur noch als Wunschtraum, als ein Ziel, von dem sich die Universität trotz intensiver Bemühungen immer weiter entfernt hat. Das Dritte Reich bereitete sogar der Existenz dieses Wunschtraumes ein Ende: Die akademische Freiheit wurde weitgehend beseitigt und mit ihr die letzte Idee der ‚universitas'. Nach dem Zusammenbruch wurden die freiheitlichen Zustände wieder hergestellt. Die früheren Probleme – wie Fragen über geeignete Lehrmethoden und über eine fruchtbare Verbindung von Lehre und Forschung – blieben aber bestehen und wuchsen mit der Zahl der Studenten, so daß man paradoxerweise heute im Abbau der akademischen Freiheit, in einer stärkeren Reglementierung des Studiums nach angelsächsischem Vorbild, oft den einzigen Ausweg sieht.

An der Universität Tübingen erkannte man schon 1946 die Notwendigkeit einer Erneuerung des Universitätsgedankens und führte als erste Hochschule den ‚dies academicus' ein: Ein Tag oder Nachmittag jeder Woche sollte von Fachvorlesungen freigehalten werden und allgemeinbildenden Fächern vorbehalten bleiben. Andere Hochschulen folgten diesem Beispiel und leisteten wie etwa die TH Stuttgart ihrerseits mit der Einführung von Arbeitskreisen im Rahmen eines ‚studium generale' zusätzlich zum ‚dies academicus' einen wertvollen Beitrag zur Erneuerung der Universität.

Der gleichen Idee entsprang in Tübingen die Gründung eines Collegium Leibnizianum im Jahre 1948 unter dem Rektorat von Prof. D. Dr. Th. Steinbüchel. Ein Prospekt des Kollegs gibt über Sinn und Zweck dieser Einrichtung wie folgt Auskunft:

„Studenten, die den Wunsch haben, im Beginn ihres Studiums in Fragen und Methoden der Wissenschaften und deren Zusammenhang eingeführt zu werden, finden dazu Gelegenheit im Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen. Hier wohnen sie als Lernende mit Lehrenden in einem Haus und werden in gemeinsamen Lehrgesprächen, Colloquien, unterwiesen. Diese Art des Studiums, in dem persönliche Begegnung wesentlich ist und das Vorlesungen an den Fakultäten einbezieht, entspricht dem Bestreben der Universität, Studenten heranzubilden, die im Studium und im späteren Beruf aus der Verantwortung für Menschen und Dinge denken und handeln."

Ging man anfangs noch von dem Gedanken aus, das meist unvollkommene Wissen der Abiturienten nach dem Kriege durch ein zusätzliches Schuljahr zu verbessern, so erweiterte man bald die Absicht zu einem Jahr des Übergangs von der Schule zur Hochschule. Es sollte also kein Nachhilfekurs für schwächere Abiturienten gegeben werden, im Gegenteil: Begabte Studenten haben hier die Möglichkeit, sich unbelastet vom Fachstudium voll und ganz mit Fragen aus allen Wissenschaftsbereichen zu beschäftigen.

In welcher Form gestaltet sich die Arbeit des Leibniz-Kollegs? Etwa 50 Studierende leben ein Jahr im Hause des Kollegs beisammen, jeweils in Doppelzimmern, und essen gemeinsam mit dem Institutsleiter und den Assistenten aus verschiedenen Fakultäten. Die starke Verbindung von Lebens- und Lerngemeinschaft mag nicht jedermanns Sache sein. Aber es handelt sich ja nicht um irgend eine beliebige Gemeinschaft, deren räumlich nahe Unterbringung nur dem Zweck dient, in einem Jahr möglichst viel zu lernen. Vielmehr entwickelt sich im Leibniz-Kolleg durch die immer vorhandene Möglichkeit der Aussprache und Begegnung unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Fragen eine bestimmte menschlich-geistige Haltung des Studenten, die später im Studium und im weiteren Leben ihre besondere Wirkung hat. Der Lehrplan des Kollegs ist auch ganz auf diese gemeinsame Arbeit ausgerichtet:

„Das Jahr ist in drei Trimester aufgeteilt: Die Lehrbereiche der Trimester sind durch die drei Generalthemen „Die Natur", „Geschichte und Gesellschaft" und „Die Person" umschrieben. Im Rahmen eines Generalthemas wird ein engerer, exemplarischer Lehrgegenstand studiert, der von Jahr zu Jahr wechselt. Die Colloquien werden von Universitätslehrern geleitet und führen von einem besonderen Problem, oft im Anschluß an einen Text, zu allgemeinen Themen des Faches. Die Studenten sollen dabei eigene Fragen und Gedanken vortragen. Als Ergänzung zu Colloquien oder Vorlesungen werden engere Arbeitskreise eingerichtet, in denen die Studenten auch lernen sollen, wie man Literatur benützt und wie man mündlich und schriftlich referiert. Dem gleichen Ziel dienen Trimesterarbeiten, kleinere Abhandlungen, die im wissenschaftlichen Denken einüben. Wer einläßlichere Beschäftigung mit einer wissenschaftlichen Disziplin wünscht, kann sich einer Studiengemeinschaft anschließen. Arbeitskreise und Studiengemeinschaften werden von Assistenten des Hauses oder eines anderen Universitätsinstituts geleitet."

Da das Kolleg auf kein Fachstudium vorbereiten soll, liegt der Schwerpunkt nicht in Vorträgen oder Vorlesungen, sondern in den Arbeitsgemeinschaften. Es kommt in erster Linie nicht auf nachweisbare Kenntnisse an. Der Student soll sehen, verstehen, Zusammenhänge auffassen, mit geistigen Fragen umgehen lernen.

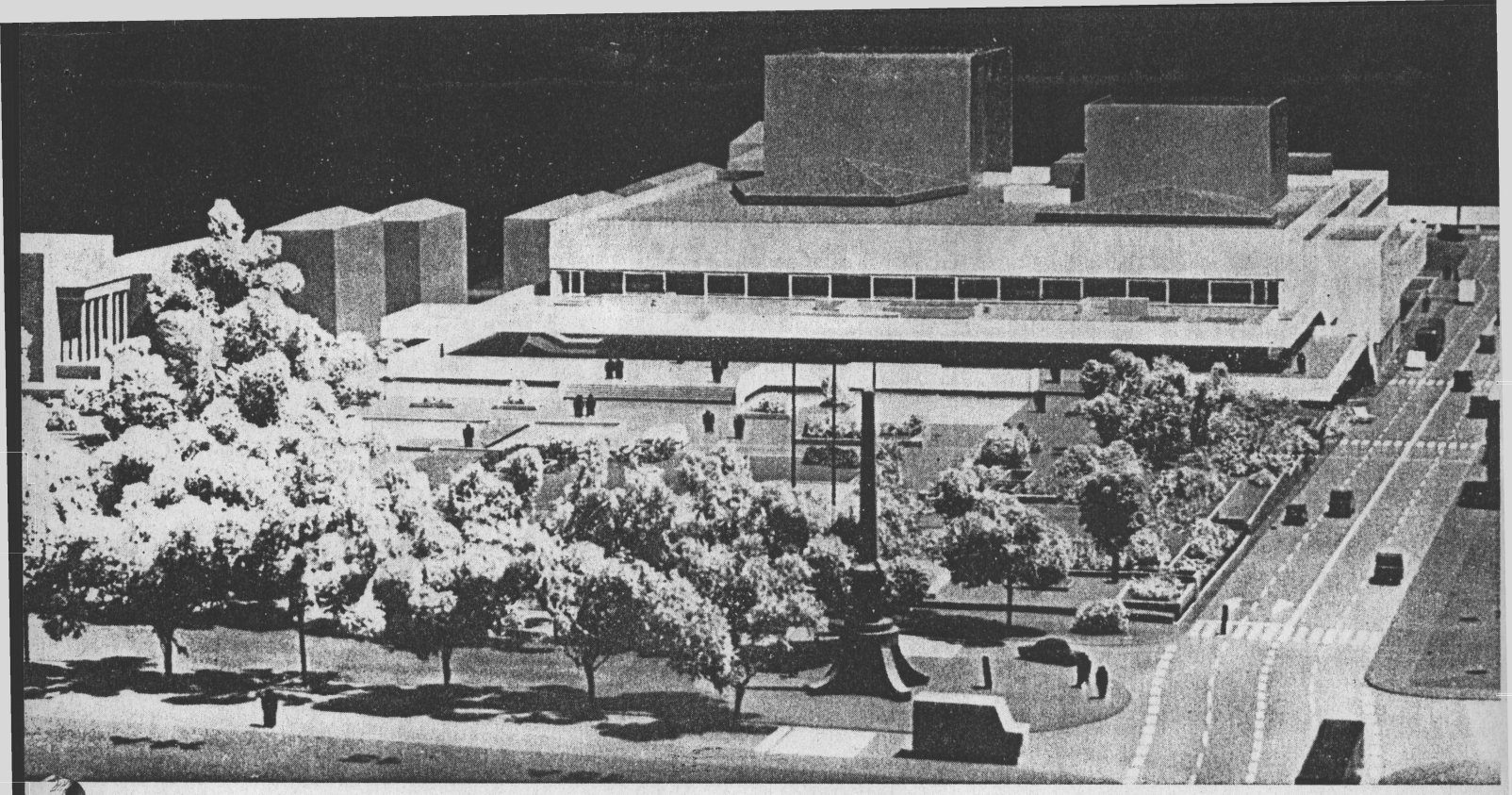
Tübingen hat mit der Einrichtung des Leibniz-Kollegs einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zu einer wirklichen Hochschulreform getan. Das war im Jahre 1948. Bis heute existiert aber an keiner anderen westdeutschen Hochschule ein ähnliches Institut. Von der Schule zur Universität macht der Abiturient heute noch immer mehr einen gewagten Sprung als einen sicheren Schritt. Es wäre gut, dieser Tatsache größere Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. eb

Literaturhinweis:

Reden der Universität Tübingen, Heft 38, 1948: ‚Collegium Leibnizianum an der Universität Tübingen. Sein Sinn und seine Bedeutung' (unter anderem ein Vortrag von Professor Dr. Romano Guardini: ‚Zur Frage des akademischen Vorbereitungsjahres').

Wir verweisen auch auf dds Nr. 84:

Falk Rieß: ‚Grau ist alle Theorie. Theorien vom Studieren im Wandel der Zeiten' und ‚Vorlesung in der Krise'.



Helmut Dreßler

NEUES HAUS

Ein Zeitplan, der an einer Tür der Planungsbaracke auf dem Marienplatz angeheftet ist und der vom 12. 11. 66 stammt, stellt den Rest jener Illusion dar, die noch vor einem Jahr vorhanden gewesen ist. Denn es steht ein Eröffnungstermin darauf, in seiner sachlichen Voraussage direkt höhnisch erscheinend, nämlich der 11. September 1970, also der Tag, an dem sich die Zerstörung des Mollerbaus zum 26. Mal jährt. Schön wärs. (Dabei sollte ursprünglich – nach 3½ Jahren Bauzeit – schon 1969 eröffnet werden!) Heute steht eigentlich nur fest, daß das Theater gebaut wird und daß es an irgendeinem 11. September nach 1970 einzuweihen sei – wenn man so sagen darf – und zwar mit Faust II in der Inszenierung von Rudolf Sellner. Doch die Proben dazu haben noch nicht begonnen.

Auf einem handtuchförmigen Grundstück (98mx420m) am Marienplatz wird ein neues Theater gebaut. Der Grundstein ist gelegt. Die Unterflurgarage ist in Angriff genommen. (Sie wird nicht als „Bunker für alle Fälle" dienen.) Auf ihrem Dach wird sich einmal der große grüne Vorplatz befinden. Seine Ruhe soll den Theaterbesucher einstimmen, ihn gewissermaßen in die Athmosphäre einschleusen und wieder aus ihr heraus.

In das Theater werden breite Treppen führen, und das geräumige Foyer wird die Ströme zukünftiger Theaterbesucher teilen – rechts: Kleines Haus – links: Großes Haus. Die Kultur mag beginnen.

*

Neubau Landestheater Darmstadt – Marienplatz
– Zeitplan –

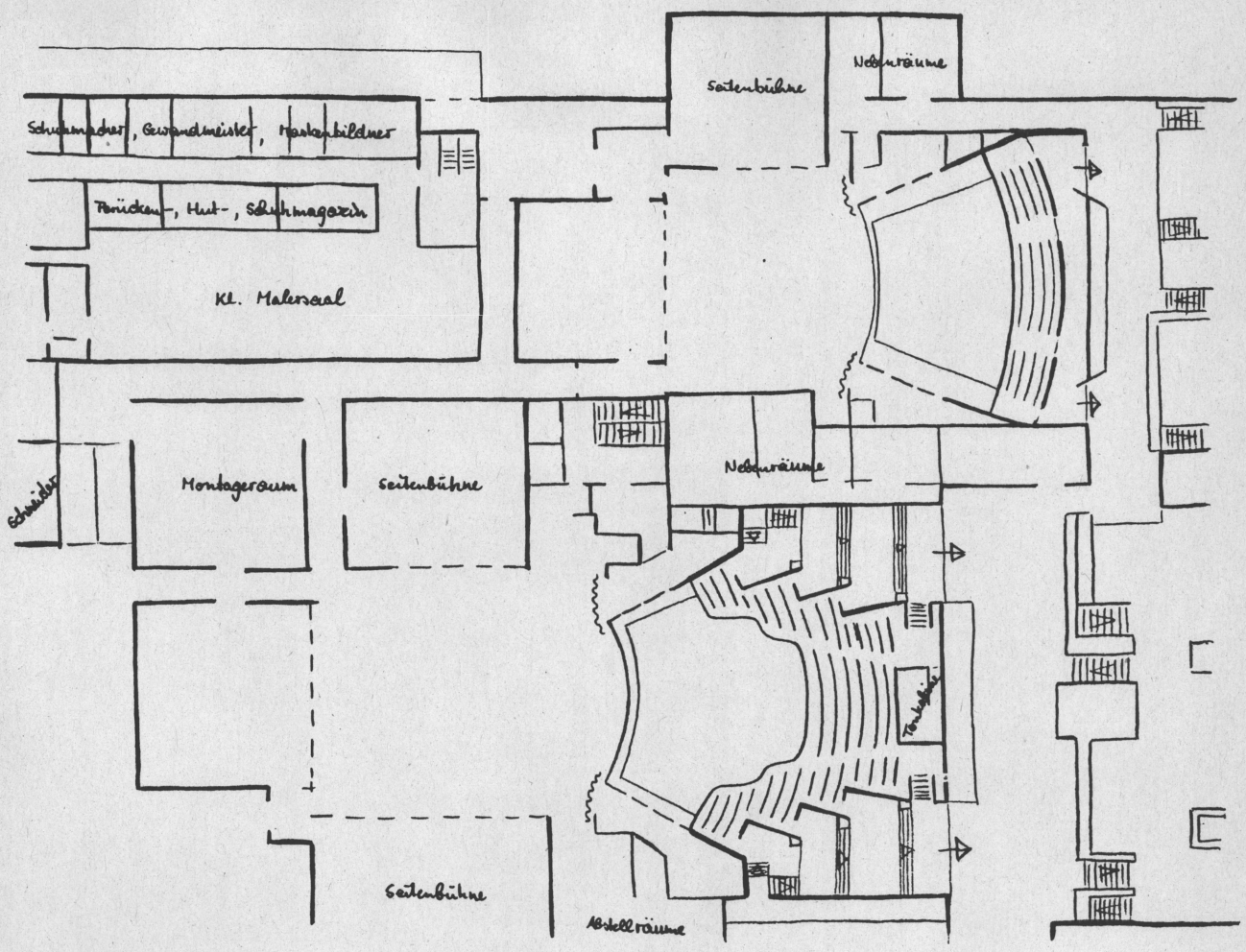
11. September 1944	Zerstörung des alten Theaters (Mollerbau)
Seit 15. Dez. 1945	Theaterbetrieb in der Orangerie
1954–1961	Diskussionen um den Wiederaufbau des Mollerbaus als Theater
1961	Wettbewerb zum Neubau des Landestheaters
15. Dezember 1962	Abgabetermin des Wettbewerbs
19. April 1963	Entscheidung im Wettbewerb
5. September 1963	Auftrag an den Architekten, einen Vorentwurf mit Kostenvoranschlag zu erarbeiten
1. September 1966	Erster Spatenstich
Heute	Bau der Unterflurgarage
?	Eröffnung des neuen Landestheaters

Nach langer fruchtloser Diskussion war 1961 ein Ideenwettbewerb für ein neues Landestheater ausgeschrieben und dann Ende 1963 entschieden worden. Daraufhin erarbeitete der Gewinner des ersten Preises, der Darmstädter Architekt Rudolf Prange, einen Vorentwurf mit Kostenvoranschlag; und trotz der enorm hohen Bausumme von 60 Mio DM – errechnet mit Hilfe der Zahl von Kubikmetern umbauten Theaterraumes – wurde begonnen. Der Konjunkturschwund des vorigen Jahres lies jedoch viel Luft aus dem Ballon der guten Hoffnung, und Land, Stadt und Architekt standen nun vor dem Problem der Geldnot.

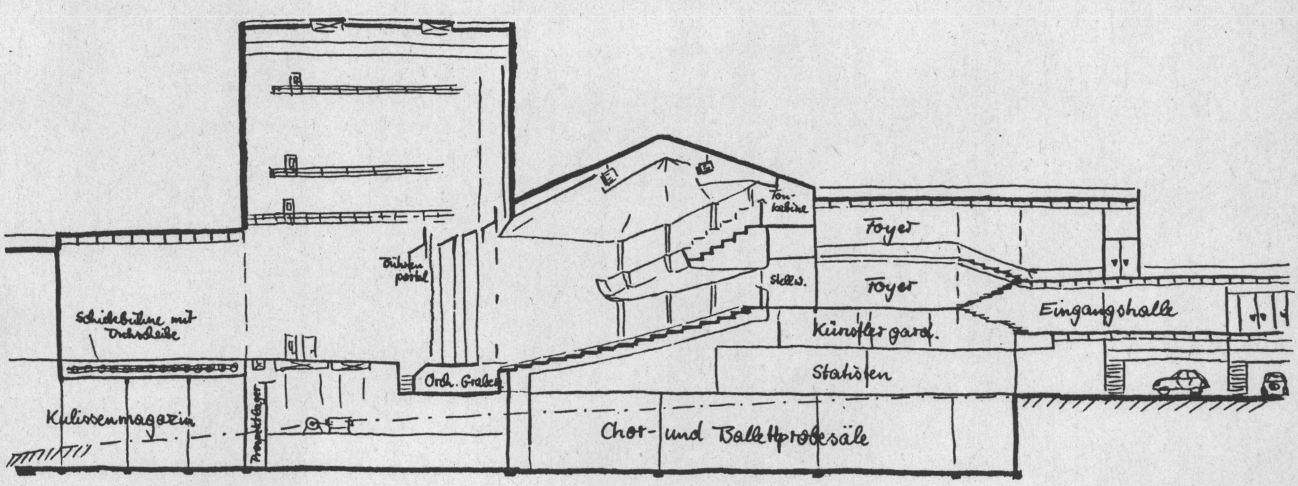
Der Plan war ausgearbeitet: Das Land Hessen finanziert der Stadt Darmstadt den Neubau eines Theaters (Großes Haus), und die Stadt fügt das Geld zum Bau des Kleinen Hauses dazu. Alles, was zum Funktionieren des Großen Hauses nötig sein wird, baut das Land Hessen (80% der Bausumme); Bühne und Zuschauerraum des Kleinen Hauses zusammen mit seinem Foyer und einigen zusätzlichen Räumen – ebenso einen Teil der Garage – übernimmt die Stadt Darmstadt.

*

Die Gesamtsumme von 60 Mio DM wird nicht überschritten werden. Diese Angabe machte uns der Architekt Rudolf Prange, der uns einige Stunden lang die Konzeption des neuen Darmstädter Theaters erläuterte. Wir begannen zu verstehen, daß die Bausumme nicht ganz so enorm ist. Denn erstmalig ist die ganze „Welt des Theaters" unter einem Dach vereint. Alles, was im Le-



Neubau des Landestheaters – Marienplatz
oben: Grundriß durch Kleines Haus und Großes Haus mit Foyer und Bühnenräumen
unten: Längsschnitt durch das Große Haus



ben der Menschen wesentlich ist, wird das Theater enthalten: Von der Hebamme bis zum Totengräber (Hamlet). Durch eine derartige Zusammenfassung werden die laufenden Kosten niedriger sein als bei jedem anderen Theater vergleichbarer Größenordnung.
Bis es so weit ist, werden sich die Darmstädter noch mit dem Betrieb in der Orangerie zufrieden geben müssen. Man ist ja dran gewöhnt. Immerhin: die 3 (drei) Millionen DM, die für das Jahr 1967 bewilligt sind, zeugen davon, daß der Neubau maßvoll zu wachsen beginnen kann.

Bernd Graßmugg

ALTER HUT

Das technisch wirtschaftliche Konzept des neuen Theaters ist vernunftbetont und realisierbar. Erstmals bei den neuen Theaterbauten ist genug Raum da, daß man für alle Teilfunktionen, die das Theater braucht, unter einem Dach, in einem Gebäude Platz findet. Kein Kulissenmagazin, das außerhalb der Stadt liegt, wird – wie beispielsweise in Frankfurt – die Betriebskosten vergrößern; keine Großwerkstätte muß die Türme, die gerade aus Holz zusammengebaut wurden, wieder zerlegen, um sie in den Bühnenraum transportieren zu können. Wichtige Produktionsräume sind so gelegt, daß der Bewegungs- und damit der Arbeitsaufwand minimal ist – zu ebener Erde, mit den Bühnenräumen durch hohe Gänge verbunden. Im ersten Stock hingegen finden sich die Kleinwerkstätten, das Kostümmagazin und die Technische Leitung. Höher hinauf geht es zu den Garderoben.
Wo die technische mit der künstlerischen Konzeption sich mischt, auf, über und unter den Bühnen, finden wir eine eher sparsam angelegte Mechanik – kein Superlativ verwöhnt uns da, wo sich andere der „elektronischsten" Beleuchtungseinrichtung, der größten Drehbühne, der schnellsten Versenkung rühmen. Es ist eine gute Standardausrüstung vorgesehen, man sagt, es wäre alles da, was man braucht – für den „deus ex machina" wird die Maschinerie ausreichen.
Bildet auch die Bühne ein Stück Leben ab, hinter ihr findet sich das ganze. Oft vergleicht man große Schiffe mit einer Stadt; dieser Vergleich ist bei einem großen Theater ebenso angebracht: vom Arzt über die Schneider, Friseure, Schuster, Köche, bis zum Schreiner finden wir für jeden Bedarf Vorsorge getroffen. Aber dieses Idyll will geplant und organisiert sein.
Baute man früher das Theater als Gesellschaftstheater – nicht nur, was auf, sondern auch was vor der Bühne sich abspielte war wichtig – und zum Zwecke des Sehens und Gesehenwerdens als Logentheater, so betrachtet man heute beispielsweise den Zuschauerraum als reinen Zweckraum. Der heutige Besucher tritt nicht mehr als Einzelner auf und braucht folglich auch keine Kulisse für diesen Auftritt; er soll nur auf das Bühnengeschehen orientiert werden. Kein Gold, kein Glanz von Kristall, aber eine optimale Akustik und hoffentlich anatomisch richtige Stühle. Ausfluß der heute üblichen puritanischen Kunstauffassung – „Laßt das Beiwerk weg!" –. Freilich übersieht man dabei, daß diese Auffassung nicht notwendigerweise erreichen will – die Popularisierung der Kunst in dem Sinne, sie der „breiten Öffentlichkeit" zugänglich zu machen, bei dieser psychologische Barrieren wegzuräumen. Diese Tendenz trägt auch ein gut Stück Eitelkeit in sich – der Künstler will nicht, daß seine Zuschauer, und sei es auch nur in den Pausen, von seiner Darbietung abgelenkt werden. Jedoch: auch der „Kleine Mann" will seinen Auftritt. Er muß eine Kulisse um sich haben, die ihn unterstützt, die ihm etwas von ihrem Glanz abgibt, er braucht einen Rahmen, und sei es auch nur die Logenbrüstung.
Puritanismus, der im Gegensatz dazu wirklich künstlerischen Motiven entspringt, der dem im Stil neuen, beispielsweise dem Absurden Theater, auch oft immanent ist, dieser Puritanismus hat in einem Großen Haus nichts zu suchen, er ist auf der Studiobühne, auf der Probebühne und im Kellertheater beheimatet.
Jedoch, was hilft's, seien wir froh, daß beim Darmstädter Neubau ein paar Treppen vorgesehen sind, die etwas breiter sind, als es der Personentransport erfordern würde; daß ein Foyer da ist, das über einen Balkon ins Freie fortgesetzt wurde, ein „Mehrzweckfoyer", keineswegs im abwertenden Sinne, das auch für kleine Ausstellungen, für Vortragsabende und für Dichterlesungen zu gebrauchen ist. Auch dadurch soll den Darmstädtern ihr Theater „nähergebracht" werden; aber kann man dem, der Exponate Neuer Kunst besichtigt oder zu einer Dichterlesung eilt, kann man dem das Theater noch näherbringen?
Wir haben ein sehr klug durchdachtes Mehrzweckfoyer aber wir haben kein Theaterfoyer. Und es wird ein sehr gut durchdachtes, vernünftig konzipiertes, daher erfreulich preisgünstiges, mit Erkenntnissen der Betriebswirtschaft gebautes, solides, architektonisch nicht schlechtes Theaterinstitut werden. Aber werden in ihm je Theaterfreude heimisch werden? Wird dieses Theater eine eigene Atmosphäre bekommen? Wenn nicht irgend eine Bombe einschlägt und man in den Ruinen dessen, was noch nicht erbaut ist, spielen wird, wenn nicht irgend ein Großer diesen „Betrieb" durch seine Persönlichkeit prägt und damit die perfektionierte Durchschnittlichkeit des Vorhabens vergessen macht, dann wird das nie ein Theater!

Neubau Landestheater Darmstadt – Marienplatz

Zwei Bühnen, die nebeneinander auf einer Ebene liegen
Unterflurgarage mit 435 Plätzen

Großes Haus: 950 Plätze, davon im Parkett (22 Reihen) 715, auf dem Rang (6 Reihen) 235;
Abstand der letzten Reihe zur Bühne 22,50 m;
Orchestergraben: 135 m² für ca. 100 Musiker
Zuschauerraum mit Holz verkleidet, indirekte Raumbeleuchtung

Kleines Haus: 470 Plätze, davon 360 im Parkett (15 Reihen), auf dem Rang (4 Reihen) 110;
Abstand der letzten Reihe zur Bühne 17,50 m;
Orchestergraben 58,5 m² für ca. 45 Musiker;
Zuschauerraum mit Holz verkleidet, indirekte Raumbeleuchtung

Beide Orchestergräben können angehoben werden, so daß eine Vorbühne entsteht.

DIE MEROWINGER

UNBEKANNTE & VERGESSENE WELTLITERATUR

„Der künftige Majoratsherr führte ein gänzlich zurückgedrängtes, zerdrücktes, zerknüttertes Jugenddasein. Mit fünfzehn sah er aus wie ein trauriges Beutelchen. . . .

Ohne jemals für Künste oder Wissenschaften sich im geringsten zu erwärmen, schärfte sich gerade in der frühen Jugend, freilich an ganz anderen Gegenständen, schon Childerichs Geist: besonders sein Gedächtnis ward durch das genaue Registrieren einer Kette von erlittenen Beleidigungen und Mißhandlungen gestärkt. Unter solchen Peinigungen und mancherlei anderen Vexationen und Huntzungen entdeckte Childerich in aller Stille das einzige Vehikel, das ihn zu Ruhm und Rache führen konnte: seine das gewöhnliche Maß weit übersteigende Manneskraft; ihrer vollen Stärke ward er ums zwanzigste Jahr inne. Zugleich trat bei ihm enorme Bärtigkeit auf. Hier ward denn die Achse seines Lebens aufgepflanzt."

Childerich III. aus dem Hause der Merowinger sah sein Lebensziel in dem Aufbau der totalen Familie. Er heiratete die Witwe seines Großvaters (den „Hasenbraten") und wurde somit selbst sein eigener Großvater. Nach dem bald darauf folgenden Tod dieser seiner zweiten Frau heiratete er die Witwe seines Vaters (die Ägypterin). Vollends unentwirrbar wurden die Verwandtschaftsgrade aber erst, als Childerich, nachdem die Ägypterin das Zeitliche gesegnet hatte, die Tochter seiner ersten Frau ehelichte. Bemerkenswertes Ergebnis dieser Heiratswut war, daß Childerich alle Erbrechte der verzweigten Familie auf sich vereint hatte.

Berühmt und gefürchtet waren die Wutanfälle des Majoratsherrn, die vom Psychiater Prof. Dr. Horn behandelt wurden. In Horns Praxis wurde Childerich zum Paukanden (nicht Paukanten): „Der Professor dosierte meist richtig und rechtzeitig. Seine flachen Hände gebrauchend, die ungefähr die Größe von Suppentellern haben mochten, begann er sofort, dem Herrn von Bartenbruch derart kräftige Ohrfeigenpaare zu applizieren, daß der Kleine bald mit rotem Gesicht im Ordinationszimmer nur so herumtaumelte: nach dem sechsten Ohrfeigenpaar konnte schon die Nasenzange gesetzt und der Baron auf den Wutmarsch gebracht werden."

Zur Theraphie gehörte ferner die Klystier: „Die Klystier wurde einmal wöchentlich durchgeführt, im Beisein des Leibarztes Dr. Tubinger, ferner des Profoßen, dreier Knechte (die hierfür jedesmal pro Mann ein Klystiergeld von 20 DM erhielten) und des Hof-Hofzwerges Wänzrödl. Die Musik war auf dem Gange postiert, vier Bläser der Hauskapelle, die aber erst bei beginnendem Einlaufe auf ein gegebenes Zeichen hin die Bartenbruch'sche Jagdfanfare bliesen."

Das Buch ist voll von witzigen und boshaften Einfällen. So werden die Auseinandersetzungen zwischen Childerich III. und seinem Majordomus Pippin mit „dramatischen Mitteln" wiedergegeben. Das sieht dann etwa so aus:

CHILDERICH

Was soll dies häm'sche Grinsen?
Grimms genung ist aus der Zeiten
Tiefe in mir angesammelt.

Dazu Fußnote des Autors: „häm'sch = hämisch. Auslassung des Vocals wegen des Versmaßes. Der Verfasser war nie Theaterdichter und ist im dramatischen Verse nicht geübt."

Pippin trachtet Childerich zu entmachten und verbündet sich zu diesem Zwecke mit dem sogenannten Paust'schen Zweig der Familie. Es kommt zur „Schlacht am Windbühel", die allerdings durch das Eingreifen von Childerichs Sohn, dem Riesen Schnippedilderich zu Childerichs Gunsten ausgeht. Die Schlacht wird ebenfalls mit „dramatischen Mitteln" dargestellt. Der Krieg zwischen Childerich dem Merowinger und dem Karolinger Pippin endet schließlich mit der Scherung und Entmannung Childerichs des Abergeil.

Eine nennenswerte Nebenfigur des Buches ist der boshaft-ohnverschämte Schriftsteller Doctor Döblinger, der zu dem Hauptthelden Childerich insofern in Beziehung steht, als er einmal über den Gartenzaun klettert und dem Wutorgel spielenden Childerich zwei Watschen verpaßt.

Zu den Hauptgeschäften des Doctors Döblinger und seiner Freude gehören das „Plombieren", das „Timurisieren" und das Formulieren.

„Zur Plombe hingegen verwendet man einen feuchten Boxhandschuh, der bei hohler Hand die Kopfkalotte deckt: Dies genügt fast immer zur Erzeugung augenblicklicher Benommenheit und zum Vollhauen des Buckels während derselben. Ist die Plombe zu stark, dann erfolgt der sogenannte Plautz, das heißt der Plombierte fällt nach vorn um." „Plombiert" wurden Leute mit widerlichen Physiognomien.

„Die Timurisationen wurden wochenlang vorbereitet. Im wesentlichen übte man das Verpacken. Die vollständige Transportfähigkeit einer Wohnungseinrichtung, von den großen Möbelstücken und Bildern bis zu den kleinsten Gebrauchsgegenständen herab, wurde in immer kürzeren Zeiten erreicht." . . .

. . . „Mit vollzogener restlosen Unterbringung aller Sachgüter in den Packgefäßen war der Eingriff jedenfalls als beendigt anzusehen, das Feld blitzschnell zu räumen und die betroffene Familie nicht mehr am Auspacken zu hindern."

Das Buch zu lesen ist ein Mordsvergnügen. Die verwirrende verwandtschaftliche Struktur des Hauses Bartenbruch sollte man zunächst anhand der am Schluß des Buches angegebenen Stammtafel: Die Merowinger im 19. und 20. Jahrhundert studieren. Man versteht dann eher, warum Childerichs Sohn auch zugleich seines Vaters Oheim ist.

Im Epilog läßt Doderer seinen Doctor Döblinger das Buch deuten:

„Wie sagt der Philosoph? Aus dem Dinge des Dinges ereignet sich und bestimmt sich auch erst das Anwesen des Anwesenden. Wie aber west das Ding? Das Ding dingt. Das Dingen versammelt.

Diese Sätze geben in äußerster Kürze und Prägnanz auch eine ganze Theorie der totalen Familie. Anders: Die kastrative Problemlösung war Childerich III. ab ovo, um nicht zu sagen ab ovis, als Entelechie impliziert."

Dazu ein Leser:

„ ‚Verzeihen Sie, Doctor, aber das ganze ist doch ein Mordsblödsinn.'
‚Ja freilich, freilich Blödsinn!' " pah

*

Heimito von Doderer:
Die Merowinger
oder
Die totale Familie
Biederstein Verlag München 1962
Leinen DM 16,80

DARMSTÄDTER SEZESSION

In der 15. Jahresausstellung der Neuen Darmstädter Sezession auf der Mathildenhöhe – geöffnet noch bis zum 11. Juni – versucht die Künstlergemeinschaft wie alljährlich einen Einblick in ihr Schaffen zu geben. Daneben wurden auswärtige Künstler eingeladen, um den Rahmen des rein Lokalen ein wenig zu sprengen und Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen.

Durch die geschickte Einpassung der Bilder und Plastiken in die Räume wirkt die Masse der gezeigten Werke nicht erdrückend, andererseits wird der Gesamtüberblick über das Schaffen in der Künstlergemeinschaft gerade dadurch vermittelt, daß man nicht versucht hat, eine gleichmäßige Ordnung nach Stilrichtungen und Epochen vorzunehmen.

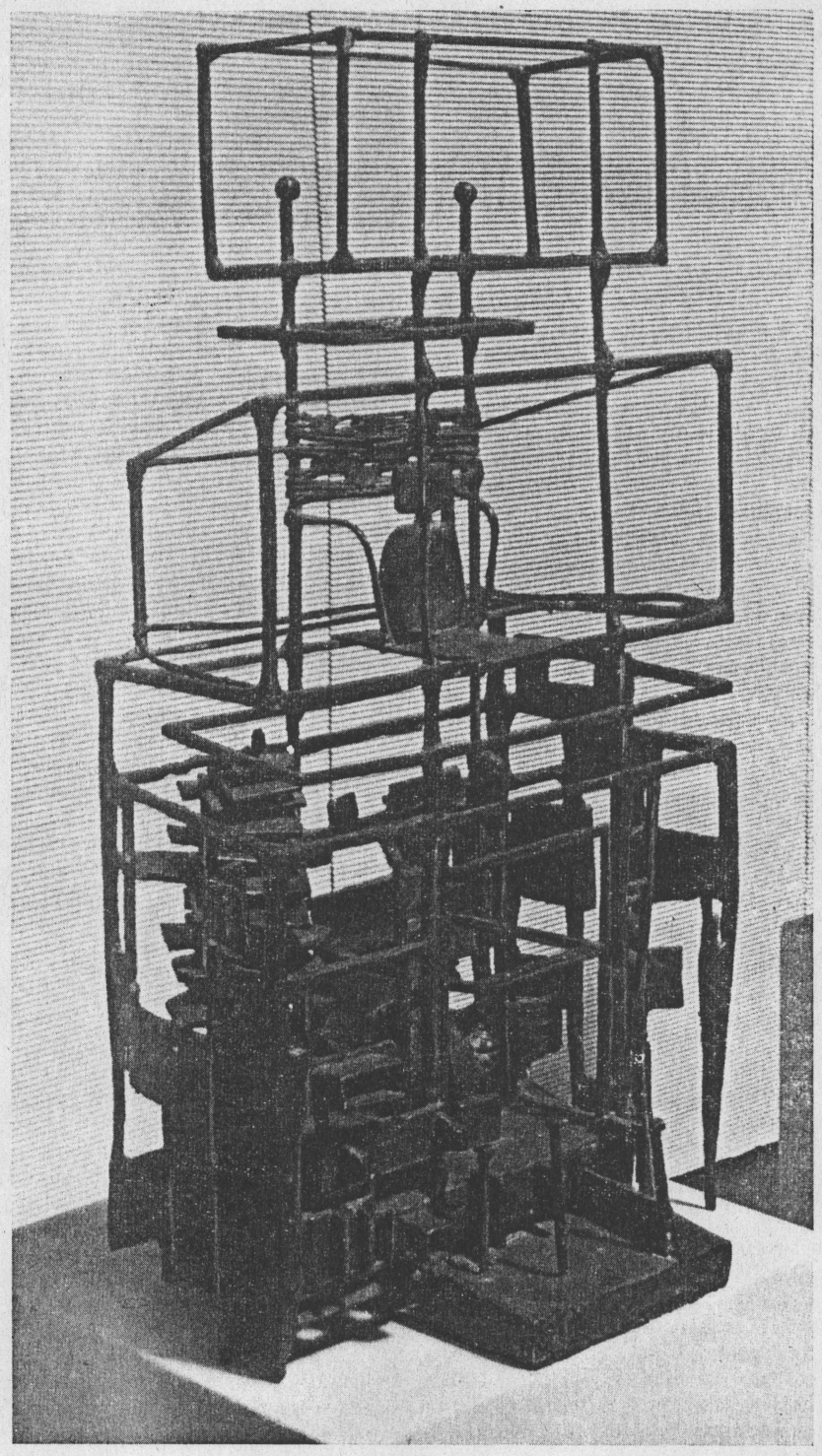
Für den Betrachter ergibt sich dadurch ein interessantes Bild: Impressionistische Bilder hängen neben „Experimenten" aus Glühlampenfassungen und abgeschnittenen Konservendosen, Stilleben neben „Kompositionen" aus verbranntem Papier. In diesem bunten Nebeneinander von Traditionellem und Revolutionärem kommen die verschiedenen Auffassungen einer mehrere Generationen umfassenden Gemeinschaft gut zum Ausdruck.

Zwei Sonderausstellungen versuchen einen größeren Einblick in die bizarren Bronzeplastiken Theo Bechtelers und in die großflächigen Farbkompositionen Helmut Landers zu geben.

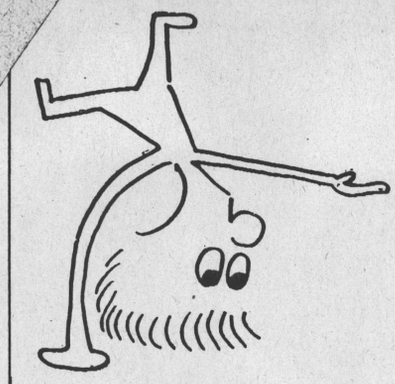
Ähnlich weit wie in der Malerei spannt sich auch der Bogen des künstlerischen Ausdrucks bei den Plastiken, von vierteiligen Gitterräumen über Holzplastiken, geschweißte Diktatoren bis zu Bronzereliefs.

Am Ende des langen Gangs durch die Ausstellung steht dann das Gedenken an die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder der Künstlergemeinschaft, und ihre ausgestellten Werke zeigen, wie sehr gerade sie das Bild von Darmstadt, als einer der Kunst aufgeschlossenen Stadt, geprägt haben.

do



Theo Bechteler: Das Haus des Präsidenten



Bernd Graßmugg

NON-SCIENCE FICTION

Eine Computer-Schnulze

Was bisher geschah: Dem Informationstheoretiker P war es – veranlaßt durch einen Streit mit seinem Konkurrenten Q – gelungen, seine Theorien über die Begriffe Bewußtsein und Gefühl durch ein mathematisches Abbild in einer Rechenanlage, die aus drei Großkomputern zusammengeschaltet war, zu realisieren. Bei einem besonders umfangreichen Experiment forderte die Anlage von sich aus die Zuschaltung eines weiteren Computers.

Tja, sagte der alte Wissenschaftler und stopfte sich frischen Tabak in seine für diese Zeit entsetzlich unhygienische Pfeife, tja, dieses Experiment erregte natürlich ganz gewaltiges Aufsehen. Was allerdings wirklich vor sich ging, hat damals wohl niemand begriffen, auch unser Freund P nicht. Wem sollte es schon auffallen, daß unter den vielen Sätzen, die man durch das Programm der Anlage beigebracht hatte – für jeden möglichen Störungsfall mußte ein entsprechender Ausdruck vorhanden sein, damit man den Fehler beheben konnte –, daß eine Wortkombination gerade nicht vorkam, und zwar – leicht zu erraten – eben jene Kombination, mit der die Maschine nach Vergrößerung verlangte. Dies war die erste Manifestation einer selbständigen gedanklichen Fortentwicklung, die über die bloße Extrapolation hinausging.

Jetzt wurde durch den Ruhm, den dieser Versuch in der Öffentlichkeit schon erlangt hatte, auch die Welt der Wissenschaft auf P aufmerksam. Das ging so weit, daß er nicht einmal mehr Schwierigkeiten hatte, das nächstgelegene Rechenzentrum zu veranlassen, durch einen eilig gelegten Hohlleiter die Verbindung mit dem ursprünglichen Hauptgerät herzustellen. Dieser Anordnung von Rechenanlagen standen jetzt Speicherkapazitäten zur Verfügung, die für die damalige Zeit geradezu gewaltig waren.

P spielte seine Versuche jetzt ungestört bis zum Ende durch, nur einmal war er etwas erschreckt worden, als er meinte, ein unrichtiges Ergebnis erhalten zu haben. Alsbald stellte sich jedoch heraus, daß nicht das Ergebnis unrichtig war, sondern Angaben bei der Fragestellung, daß also bei korrekter Aufgabenstellung genau das Ergebnis hätte herauskommen müssen, das ja auch tatsächlich erschien. P fand das zwar merkwürdig, aber in einer Art Berufsblindheit sah er zum zweiten Mal nicht den Kern der Sache, sondern machte den Zufall verantwortlich.

An dem Tage, als P sich gerade die letzten Resultate nochmals betrachtete, stürmte ein Angestellter des Rechenzentrums – das war durch die Kopplung noch immer blockiert – zu ihm ins Zimmer und bat ihn dringend, er brauche noch ein Detailergebnis für seine Arbeit – eine Sache von 5 Minuten, das Programm sei schon fertig, und ob man das nicht dazwischen schieben könnte. P beruhigte den Aufgeregten, sagte ihm, er könne alles lassen, wie es sei, er möge seine Lochkarten nur gleich einlesen, das Betriebssystem werde schon dafür sorgen, daß keinem der beiden Programme etwas geschehe. Der Rechenzentrumsingenieur bedankte sich, eilte hinaus. Nach zwei Minuten war er wieder da, machte einen etwas ratlosen Eindruck und meinte, selbst durch die vielen Computer, die hier zusammengeschaltet seien, könnte er sich nicht erklären, warum sein Ergebnis nicht nur halb so lang hat auf sich warten lassen, sondern auch qualitativ so ausgezeichnet war, wie es sein Programm gar nicht vorgesehen hätte. Das Problem war ganz einfach: Polynomnullstellen in einem gewissen Bereich sollten gesucht werden nach einem sehr primitiven Verfahren, das er nur unter der Annahme angewendet hätte, daß die Nullstellen einen Mindestabstand größer Epsilon voneinander hätten. Er müßte sich für dieses Programm fast entschuldigen. Die Liste mit dem Ergebnisausdruck gebe auch alle geforderten Werte der Funktion im angegebenen Schrittabstand an, mitten drin sei jedoch ein Wert – eine Nullstelle –, der sich in keiner Weise in das übrige Schema einfügen lasse. Und wie denn die Anlage auf die Idee gekommen wäre, ausgerechnet dort, wo voraussetzungsgemäß gar keine Nullstelle hätte sein dürfen, nach einer solchen zu suchen – sprudelte er heraus, um gleich darauf erschrokken zu verstummen. Langsam dämmerte auch P, was geschehen war. Um den Fall nochmals zu überprüfen und jede Einbildung auszuschließen, gingen P – nach Durchsicht des besagten Primitivprogramms – und der Rechenzentrumsangestellte, der ein leitender Angestellter war, in den Rechenraum, sozusagen das Allerheiligste eines Rechenzentrums; dort legten sie eigenhändig den Kartenstapel nochmals in das Lesegerät, gespannt, ob sich das Ergebnis von vorhin wiederholen würde. Es wiederholte sich nicht. Kaum war ein Drittel der Karten im Eingabegerät verschwunden, als auch schon der Drucker anfing, dieselben Listen wie vorhin auszudrucken; dabei war der Leser gerade erst bei den ersten Datenkarten angekommen und hatte längst noch nicht genug Angaben, um auch nur einen Wert ermitteln zu können. Jetzt war wohl klar: dieser Rechner war imstande, sein Gedächtnis zu benutzen, ohne dazu aufgefordert worden zu sein. P und dem Rechenzentrumsmenschen wurde es etwas weich in den Knien. Mutig faßte P einen Entschluß: Er nahm den Kartenstapel und warf ihn nochmals in die Eingabe. Etwa 15 Karten waren durch, als das Eingabegerät zu rattern aufhörte, die restlichen Karten ungelesen durchfielen und der Automat ausdruckte: Siehe Ergebnisblätter Nr. . . ., worauf die laufenden Nummern der beiden Ergebnislisten folgten. Stille. Ein Umformer brummte kaum hörbar. Plötzlich das charakteristische Geräusch einer Magnetbandeinheit. P, dem Bedauernswerten, wurde es immer merkwürdiger zumute. Kein Programm war in Arbeit. Auch von den Zweigcomputern konnte die Hauptanlage nicht beeinflußt werden, denn

hier befand sich die einzige Eingabestelle des Verbundgerätes.

P fing sich wohl nach kurzer Zeit wieder, fuhr der alte Wissenschaftler fort – ganz leuchtende Augen hatte er bei der Vorstellung dieser historischen Szene bekommen – fing sich wieder und nahm seinem Begleiter, der durch seinen kurzen Programmlauf die wundersame „Beseelung" der Anlage entdeckt hatte, das Versprechen absoluten Stillschweigens ab. Die folgenden Tage waren wieder von hektischer Betriebsamkeit erfüllt. Alle verfügbaren alten Programme, soweit sie samt ihren Ergebnisausdrucken und den Lochkarten noch in der Bibliothek vorhanden waren, wurden dem „Kleinen Denker" gefüttert, wie P insgeheim die Superanlage schon nannte; ob man sich in einen Computer verlieben kann? Es wurden Vergleiche der Rechenzeiten angestellt und die qualitativen Verschiedenheiten der Ergebnisse festgestellt. P erinnerte sich auch an den „merkwürdigen Zufall", als seine Aufgabenstellung korrigiert worden war, und begann bei einigen Programmen Karten zu vertauschen. Es stellte sich heraus, daß – wo immer es auch möglich war – der Kleine Denker sie wieder in die logische Folge gebracht haben mußte. Schließlich ließ P sukzessive kleine Programmteile weg, die zwar notwendigerweise dazu gehörten, aber bisher explizit eingegeben werden mußten. P versuchte ein Schema aufzustellen, um die „Denkgrenze" zu ermitteln. Doch dazu war es noch zu früh.

P veröffentlichte in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine kurze Notiz, die ihm die Priorität für denkende Maschinen sichern sollte. Der Absatz trug die Überschrift EGON (Electronic Generator-Machine Organized by N-Transformation). Das Heer der daraufhin herbeiströmenden Rechenexperten und Wissenschaftstheoretiker erboste den Kleinen Denker außerordentlich. Viele von ihnen hatten ihr kleines Programm von zu Hause mitgebracht und versuchten nun ebenfalls, wie man einem Hund mit Zucker Kunststückchen abverlangt, durch Vermischen und Herausnehmen von Karten die Denkleistungen zu überprüfen. Einmal druckte er aus: Wer dieses Programm aufstellen konnte, ist auch imstande, diese Aufgabe zu lösen. – Eine gute Erziehung schien geraten.

Fortsetzung folgt

Reiner Greiff

MARX UND DIE FOLGEN

„Babba, was issn'n Gommunist?"
„Sei ruhisch, Klaa, da haste en Grosche, kaaf de e Eis . . ."

(Schmiere)

Zur Zeit, da im bundesdeutschen Pluralismus noch die mieseste Illustrierte Tabus niederringt, wo die Linke endlich weiß, wie's die Rechte macht, und für das Abstruseste noch sich Verständnis findet, hält sich immerhin ein Tabu mit geradezu elementarer Unabdingbarkeit, furchterregend wie ein Gespenst – und um ein solches handelt es sich: um das nunmehr über 119 Jahre in Europa umgehende Gespenst des Kommunismus. Man wird nicht fragen müssen, wie es zum Tabu gekommen ist, heute, die lange Dauer des Zustandes gibt ihm selbst einen Schimmer von Schicksalskraft, und mit solchen Kräften lassen sich heute im deutschen Vaterland immer noch bessere Geschäfte machen, als mit der zur Tranfunzel degenerierten Aufklärung.
Wie ihm also beikommen, dem Gespenst, ohne zwangsneurotische Abwehrmechanismen wie ein Visier zum Herunterklappen zu bringen? Legen wir das Schreckliche dar, das ein Westbürger (Gemeinschaftskunde ab Untertertia, FAZ, Welt, Deutschlandfunk) dem Begriff Kommunismus subsumiert:

1. Das Individuum wird vom Staat unterjocht, es herrscht eine Diktatur mit Gesinnungsterror.

2. Der Staat belügt seine Bürger, und das fortwährend anders.

3. Die abendländische Kultur wurde zur Proltenkultura.

4. Der Kommunismus bedroht permanent den Weltfrieden.

5. Das System ist wirtschaftlich ineffektiv, es produziert das Falsche und das zu wenig.

Dieses Bild ist weder völlig falsch noch völlig richtig, es ist schlichte Ideologie. Dieser nicht auf den Leim zu gehen, fällt schwer. Man bedenke, wie sehr man an ihr hängt, ohne über den Kommunismus anders informiert zu sein als durch eben die Träger der Ideologie, Schule, Presse, Fernsehen etc.; die Tante aus Sachsen-Aula allein genügt da auch nicht.

Nun gibt es aber in einer Reihe neuer Taschenbücher eine solche Fülle von Dokumentation über den Kommunismus, daß sie nicht länger esoterischen Zirkeln von Philosophiestudenten und alten Rotfrontkämpfern allein vorbehalten bleiben muß.

So brachte Rowohlt von Karl Marx drei Bände ausgewählter Werke heraus, die (Band II) die Pariser Manuskripte und (Band III) die 10 Jahre später erschienenen Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie enthalten, somit die beiden Vorstufen zum „Kapital", das wiederum ein Jahrzehnt später erschien. Band I enthält Schriftstücke, die nur zum besseren Verstehen der Person von Karl Marx, nicht aber für seine Theorie wichtig sind, so Jugendgedichte, Schulaufsätze und seine Dissertation. Die drei Bände passen aber so hübsch zusammen, daß man auf den ersten nur ungern verzichtet. Ohne Acht auf Entwicklung von Autor und System könnte man sich zur Information allerdings ohnehin auf Band III beschränken.

Karl Marx
Texte zu Methode und Praxis
Band I Jugendschriften 1835–1841
Band II Pariser Manuskripte 1844
Band III Aus den Grundrissen der politischen Ökonomie 1857/58
Rowohlts Klassiker Bände 194/195, 209/210, 218/219 je Band DM 3,80.

Anders bei der im Verlag S. Fischer erschienenen vierbändigen Marx-Engels Studienausgabe, die in einzelne Bände thematisch geordnet ist. Sogar die Pariser Manuskripte wurden getrennt nach Ökonomie und Philosophie auf zwei Bände verteilt, Band 3 und 4 sind kombiniert Geschichte und Politik gewidmet. Das macht die Ausgabe einerseits vorteilhaft straff, andererseits reproduziert die gemeinsame Ausgabe der Werke von Marx und Engels die Synopse dieser beiden Wahlverwandten.

Karl Marx/Friedrich Engels
Studienausgabe
Band I Philosphie
Band II Politische Ökonomie
Band III/Band IV Geschichte und Politik 1/2.
Fischer Bücherei, Bücher des Wissens, Bände 764-767, je Doppelband DM 3,80

Bei der Lektüre, besonders der kleineren Schriften, wird der vollbärtige Prophet mit Gammlerfrisur merkwürdig lebendig. Seine Vitalität ist bei jedem Satz spürbar, desgleichen sein politischer Scharfsinn, der aus den damaligen Verhältnissen jene Leitlinien deduziert, die die Geschichte in der nach mehr als einem halben Jahrhundert kulminierenden Entwicklung bestätigte.
Die Kenntnis von Marx und Engels allein aber schafft nicht mehr als den Ausgangspunkt bei der Betrachtung des vieldeutigen Begriffes Kommunismus. Marx hatte zwar die Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit des frühkapitalistischen Systems wissenschaftlich untersucht und zur Veränderung des Zustandes als historisches Moment die Revolution erkannt, aber nicht umgehend politische Konsequenzen daraus gezogen und gefordert. Kam das Bürgertum damals selten genug mit kommunistischen Ideen in Berührung, mußte ihm die formulierte Bedrohung seiner Existenz zweifellos als Schrecken erscheinen, aber man durfte doch auf die Unterdrückung dieser verwerflichen Denkart durch die Staatsmacht hoffen. Anders nach 1917, als mit der Errichtung des Sowjetstaates der Schrecken seine Präzedenz hatte, die Bedrohung manifest geworden war. Das Bürgertum, wach geworden, reagierte mit Verdrängung und Abwehr, es formulierten sich die bereits zitierten Vorurteile zur tabugeschützten Ideologie. (Dabei ist die Funktion des Tabus äußerst einfach: Wer sich als Kommunist ausgibt, disqualifiziert sich selbst, ihm wird niemals wieder jemand etwas glauben). Während Kommunismus aber im vorrevolutionären Zustand aus Fakten sich entwickelnde Philosphie im weitesten Sinne war, die Humanität und soziale Gerechtigkeit forderte, wird seit 1917 der Anspruch immer an der geschaffenen Realität zu messen sein.
Günther Hillmann, der Herausgeber des Rowohlt-Marx, ist in seinem Buch „Selbstkritik des Kommunismus" diesem Verhältnis auf der Spur, indem er die Stimmen der innerkommunistischen Opposition zur Beurteilung der geschaffenen Realität heranzieht.

Günther Hillmann
Selbstkritik des Kommunismus
Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Band 272/273, DM 4,80.

Hillman stellt als Hauptursache des Divergierens von Theorie und Praxis in der Sowjetunion die mit der vollendeten Revolution sich konstitutionierende Autonomie des Parteiapparates dar, dessen Glieder, die Funktionäre, sich ihres eigenen Willens begeben, um dadurch die Forderungen des Apparates zum allmächtigen Über-Ich zu hypertrophieren. Diesen psychologischen Vorgang decouvriert Hillmann mit dem genauen Begriffswerk der Psychoanalyse.
Der Apparat, dessen Herrschaftsanspruch schon 1920 die leidenschaftliche Meuterei der Matrosen von Kronstadt, 1917 Kämpfer der ersten Stunde, hervorgerufen hatte, ist nach Hillmann der Sündenbock, dem Terror und geistige Unfreiheit angelastet werden müssen. Er idolisierte Lenin als Vater-Imago ins Irreale und entmachtete die populären Volksführer der Revolution, deren kämpferisches Selbstbewußtsein den triebreduzierten Funktionären gefährlich schien. Hillmanns Darstellung ist umso wertvoller, als er, selbst Marxist, gerade das denunziert, was den Zugang zum Kommunismus am meisten verstellt.

Klaus Mehnert
Der Sowjetmensch
Rowohlt Sachbuch, Band 6602/6603
DM 3,80

Wie der Kommunismus nun aber im Alltag aussieht, wie man in der Sowjetunion tagtäglich lebt, beschreibt Klaus Mehnert in seinem längst zum Bestseller gewordenen Buch „Der Sowjetmensch", dessen Titel dem amüsant zu lesenden, eher plaudernden als wissenschaftlich recherchierenden Inhalt nicht ganz gut ansteht. Mehnert, als Angehöriger der deutschen Großbourgeoisie in Moskau geboren, bringt zwiespältige Voraussetzungen zur Objektivität mit. Günstig für seine Position als Beobachter sind seine akzentfreien russischen Sprachkenntnisse, ungünstig seine gesellschaftliche Abkunft, die ihm eine auch nur hypothetische Identifikation mit dem Sowjetmenschen verwehrt. Fühlbar steht er über den Verhältnissen, was besonders peinlich wird, wenn er im Gespräch die Überlegenheit des Westens erläutert und als der Intelligentere seine Gesprächspartner an ihre Grenzen führt. Daß deren Grenzen aber nicht die des Problemes sind, das will er sich wohl selbst gar nicht erst klarmachen. Aufs Glatteis begibt er sich aber, wo er vom Entstehen neuer Klassen in der klassenlosen Gesellschaft redet. Wenn Marx als Kriterium für Klasse Besitz oder Nichtbesitz an Produktionsmitteln festlegt, kann es eben im Sozialismus diese Klassen nicht mehr geben, da die Verfügung über sie, an die individuellen Fähigkeiten gebunden und nicht vererbbar, zwar Herrschaftsstrukturen schaffen kann, aber keine Klassen.

Mao Tse Tung
Das Rote Buch
Fischer Bücherei
Informationen zur Zeit, Band 857
DM 2,80

Die Frage der Kultur weist nach China, der zweiten kommunistischen Großmacht, zur Kulturrevolution. In Teamarbeit übersetzt liegt nun das Rote Buch der Roten Garde bei S. Fischer in Deutsch vor. Im Vorwort schon räumt der Herausgeber das Haupthindernis aus dem Weg, das den Begriff Kulturrevolution so unverständlich macht. Kultur meint nämlich im Chinesischen kein Ergebnis, keinen bestehenden Wert, sondern einen Vorgang und den auch weiter gefaßt als im Deutschen, Zivilisieren, Aufbauen und Ordnen mit eingeschlossen. Das Rote Buch ist zutiefst moralisch, getragen von einem fast religiösen Pathos und unerschütterlichen Glauben an die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus. Man kann sich vorstellen, welche Wirkungen das Buch in einem auf Gemeinschaft angewiesenen Volk, das erst seit 20 Jahren aus einem korrupten, schlecht funktionierenden System befreit ist, hervorruft.
Über die politischen Hintergründe zu spekulieren ist unergiebig, aber die Ansicht des Alten Mao ist wohl richtig gedeutet als Bestreben, das revolutionäre Element beizubehalten, um eben die russische Entwicklung eines autonomen Apparates zu vermeiden, der ganz unmarxistisch starr und unveränderlich wäre. Dies ist wohl der jüngste Beitrag in der Entwicklung des Kommunismus, zugleich aber auch Rekurs auf Marx.
Marxismus impliziert die Lehre von der dialektischen Entwicklung der Geschichte. Wie, wenn aus These ‚Kapitalismus' und Antithese ‚Sozialismus' nicht Kommunismus zu denken wäre, sondern ein Anderes, Neues? Jedenfalls wäre von einer Kooperation beider Systeme mehr zu erwarten als von ihrer idiosynkratischen Kontaktscheu

ERLAUBT IST, WAS GEFÄLLT

Auf der 7. Pressekonferenz des Landestheaters Darmstadt am 3. Mai gaben der Intendant Dr. Gerhard F. Hering und seine Mitarbeiter ihre Pläne für die kommende Spielzeit bekannt. Die Spielzeit 1967/68 wird mit einem Abend im ‚Theater im Schloß' eröffnet: Auf dem Programm stehen drei kleine Stücke von Gottfried Benn, „Drei alte Männer" und als späte Uraufführungen „Ithaka" und „Etappe", inszeniert von Dr. G. F. Hering.

In der Orangerie folgt am 16. September eine Uraufführung „Das Kasperlespiel von Meister Siebentod" von Albert Drach, inszeniert von Werner Kreindl. Bei diesem Stück handelt es es sich um eine Art Moritat.

Ende September gelangt Ibsens „Peer Gynt" unter der Regie des Norwegers Tormod Skagestadt zur Aufführung.

E. E. Cummings surrealistisches Stück „Him" („Ihm") wird als deutsche Erstaufführung in den neuen Spielplan aufgenommen. „Him" zeigt ein junges amerikanisches Paar auf der Suche nach der Wirklicheit. Die geistige Odyssee eines Mannes und einer Frau ist eingebettet in eine traumhafte Abfolge von Jahrmarktszenen und phantastischen Ereignissen.

Genet ist in dem neuen Spielplan gleich viermal vertreten. Als Wiederaufnahme werden „Die Neger" und der „Balkon" in der Orangerie gespielt. Außerdem sind „Die Wände" in der Orangerie und die zwei frühen Genet-Stücke „Unter Aufsicht" und „Die Zofen" (für eine Vorstellung zusammengenommen) im ‚Theater im Schloß' in das neue Programm aufgenommen.

Mit Giselher Klebes erster Oper „Die Räuber" (nach Schiller) eröffnet die Oper am 10. September die nächste Saison. In dieser Spielzeit werden nun wieder zwei Operetten aufgeführt: „Die Fledermaus" von Johann Strauß, inszeniert von Harro Dicks und musikalisch geleitet von Bruno Maderna, und als zweite Operette Offenbachs „Pariser Leben".

Die Höhepunkte im Spielplan bilden die deutsche Erstaufführung „L'Aiglon" („Der junge Adler") von Honegger und Ibert und „Elektra" von Richard Strauß. Als Wiederaufnahmen findet man Lortzings „Waffenschmied", Massenets „Cendrillon" und „Salome" von Richard Strauß.

Mit einem Symphoniekonzert (Bussoni: Sarabande und Cortège op. 51; Bartók: erstes Klavierkonzert; Brahms: 2. Symphonie D-Dur op. 73; Solist Andor Flodes) eröffnet Hans Drewanz die neue Saison. In dieser Spielzeit stand Mozart im Mittelpunkt, in der kommenden werden es die Romantiker sein. Die Beziehung oder den Kontrast zur Romantik bilden die modernen Komponisten wie Prokofieff, Schönberg, Henze und andere. ws

Fischer-Bücherei, Frankfurt a. M.
Neuerscheinungen Juni/Juli 1967

806	Marcel Aymé: Der schöne Wahn. Roman.
807	William Saroyan: Fußtritt aus Liebe und andere Kurzgeschichten.
808	Fred Schmidt: Von den Bräuchen der Seeleute.
809	Limericks, Limericks. Ausgewählt von Jürgen Dahl. (Originalausgabe)
811	Paul Ricoeur: Sexualität/Abwege, Wunder, Rätsel. Buch des Wissens.
799	Mythen der Völker. Hrsg. Pierre Grimal. Buch des Wissens. Mythologien der Perser, Inder, Chinesen, Japaner. (Deutsche Erstausgabe)
817	Biblische Zeugnisse/Literatur des alten Israel. Hrsg. Rudolf Smend. Buch des Wissens. (Originalausgabe)
810	Rémy Chauvin: Tiere unter Tieren .
818	Enno Patalas: Stars/Geschichte der Filmidole. Mit Abb.
819	Stephan Crane: Das blaue Hotel. Erzählungen.
820	Marie Luise Kaschnitz: Engelsbrücke. Römische Betrachtungen.
821	Janheinz Jahn: Durch afrikanische Türen.
822	René König: Kleider und Leute. Zur Soziologie der Mode. (Illustrierte Originalausgabe)
823	Lincoln Lee: Fluggäste, Flieger und Maschinen. Buch des Wissens. (Neuillustrierte Ausgabe)
850	Moderne Balladen. Hrsg. Fritz Pratz. (Originalausgabe)

Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg
Neuerscheinungen Juni/Juli 1967

951	Hermann Hesse: Siddhartha. Eine indische Dichtung.
952	Dino Buzzati: Amore.
953	Richard Gordon: Onkel Horatios 1000 Sünden.
954	William Sansom: Das Betriebsfest.
956/57	Betty Smith: Morgen der Liebe.
6027—30	rororo-Wörterbücher: Französisch-Deutsch, Deutsch-Französisch.
955	Rody G. Minott: Top Secret – Hitlers Alpenfestung. Tatsachenbericht über einen Mythos.

Halloo-Wach ist das bewährte, unschädliche Mittel gegen unerwünschte Müdigkeit. Überall in Apotheken u. Drogerien.

2118	Mark McShane: Das Mädchen, das keiner kennt.
2120	Stephan Ransome: Schweigen Sie, Herr Staatsanwalt.
131	Ernst Rowohlt, dargestellt von Paul Mayer.
276	Georg Lukacs: Die Grablegung des alten Deutschland. Essays zur deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. Ausgewählte Schriften I.
958	Peter Härtling: Niemsbach oder Der Stillstand.

. . . immer erfolgreich
immer gut bedient

mit Sportgeräten,
Sportschuhen und
Sportbekleidung von

dem bekannten **Intersport Fachgeschäft**
in der Stadtmitte
vom Sportlehrer beraten –
von Fachkräften bedient –
von unserer Spezialwerkstatt betreut

ENGLAND

Die Erhöhung der Studiengebühren für Ausländer von 70 Pfund auf 250 Pfund jährlich hat das britische Unterrichtsministerium beschlossen. Die Maßnahme soll im Oktober in Kraft treten und nur die Studenten betreffen, die gegenwärtig nicht in Großbritannien studieren. Da von den mehr als 30 000 in Großbritannien studierenden Ausländern nur 7000 aus Staaten mit hochentwickeltem Erziehungswesen kommen, werden von den Sparmaßnahmen der Regierung in der Hauptsache die Studenten aus den Entwicklungsländern betroffen. Die Förderung von Studenten aus diesen Gebieten war bisher Englands bedeutender Beitrag zur Entwicklungshilfe. An einer Protestkundgebung vor dem Parlament nahmen mehr als 10 000 Studenten aus allen Universitäten Britanniens teil. Die Studenten drohten einen Streik an, falls das Parlament die geplanten Maßnahmen nicht zurückstellen sollte.

Studentenspiegel

SCHWEDEN

Die Universitätsbehörden haben nunmehr die Vollmacht, Studenten, die zu lange an einer der schwedischen Universitäten eingeschrieben sind, vom Studium auszuschließen. Man will damit die „ewigen Studenten" zwangsexmatrikulieren, die jüngeren Studenten die Studienplätze wegnehmen. Inwieweit die Universitätsbehörden tatsächlich von ihrem Recht Gebrauch machen werden, ist noch nicht abzusehen. Zunächst will man sehen, ob die neue Regelung bereits als Drohmittel wirksam ist, so daß manche Studenten sich veranlaßt sehen, ihr Studium termingerecht abzuschließen.

Studentenspiegel

UdSSR

Heftige Angriffe hat der sowjetische Jugendverband Komsomol gegen den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) wegen seiner Arbeit in Afrika gerichtet. Um Informationen zu erhalten, um Studenten zu bestechen, die künftig verantwortliche Positionen in den afrikanischen Ländern bekleiden könnten, und um die afrikanischen und arabischen Studentenverbände zu spalten, hätten Dienststellen der Bundesregierung dem VDS Mittel bereitgestellt. Allein die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes habe 1966 300 000 DM zur Verfügung gestellt. Als „Diversionszentrum" in Ostafrika habe sich der VDS Tansania ausgewählt.

jw

USA

Ein neuer Plan zur Finanzierung des Studiums, in dessen Rahmen die Studenten das Studiengeld von der Regierung leihen und später, wenn sie im Berufsleben stehen, als besondere Einkommensteuer zurückzahlen, wird zur Zeit von der Regierung erwogen. Jeder Student mit befriedigenden Leistungen käme dafür in Frage. Ungewöhnlich ist an dem neuen Plan der Modus des Zurückzahlens: Die zurückzuzahlenden Beträge richten sich – wie die Einkommensteuer – nach der Höhe des Verdienstes.

Studentenspiegel

FRANKREICH

In einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Studienförderung in Frankreich stellte eine vom Erziehungsministerium in Paris eingesetzte Kommission fest, daß im laufenden Studienjahr etwa ein Viertel der Studentenschaft durch Stipendien zwischen 1170 und 4410 F gefördert wird. Für diese Stipendien werden vom Staat insgesamt rund 280 Mio F (225 Mio DM) aufgewandt. Für die Verbilligung des Mensa-Essens um die Hälfte zahlt der Staat weitere 90 Mio F (rd. 72 Mio DM), dazu kommen 54 Mio F (rd. 44 Mio DM) an Betriebssubventionen für Studentenheime.

akd

ITALIEN

Das italienische Parlament hat den Gesetzesentwurf gebilligt, der eine Vergrößerung der Anzahl der Lehrstühle und der Assistentenstellen an den Universitäten vorsieht. Im Jahre 1970/71 sollen statt bisher 10 738 Universitätslehrern (Professoren, Dozenten und Assistenten) 19 840 Lehrpersonen zur Verfügung stehen. Für die nächsten fünf Jahre wird mit einem Ansteigen der Studentenzahlen von 285 000 auf 400 000 gerechnet.

Studentenspiegel

„Negativ-Dokumentation" des AStA Bonn

Der allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Universität Bonn hat eine „Negativ-Dokumentation" vorgelegt, in der eine unvollständige Liste der Mißstände im Studienbetrieb zusammengestellt wurde. Die Dokumentation weist vor allem auf das fehlende Lehrpersonal, überfüllte Veranstaltungen und Unzulänglichkeiten in der Ausrüstung der Institute und im Bibliotheksbetrieb hin. Der AStA macht für die Mißstände vor allem die unzureichende finanzielle Dotierung der Universität, aber auch Mängel in der Verwaltung, das gegenwärtige Habilitations- und Berufungsverfahren und in einzelnen Fällen „Fachegoismus und Rücksichtslosigkeit" verantwortlich. akd

Hochschulmittel vom Bund

Der Bund hat, wie aus einer Zusammenstellung des Bundesforschungsministeriums hervorgeht, im Zeitraum von 1958–1966 insgesamt 1,7 Mrd. DM an Zuschüssen für den Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen sowie für eine Anzahl von Sonderprojekten im Rahmen der „Förderung dringender Bedürfnisse der Wissenschaft" ausgegeben. Im gleichen Zeitraum betrugen die Landesleistungen für die geförderten Projekte 2,4 Mrd. DM. Nach dem Haushaltsentwurf wird der Bund in diesem Jahr weitere 530 Mio. DM für den genannten Zweck aufwenden. akd

Spendenaufkommen des Stifterverbandes zurückgegangen

Der Vorstandsvorsitzende des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Dr. Ernst Hellmut Vits, legte bei der Mitgliederversammlung im Mai den Tätigkeitsbericht über die Geschäftsjahre 1964 bis 1966 vor. In dem Drei-Jahres-Geschäftsabschnitt beliefen sich die gesamten Eingänge des Stifterverbandes auf rund 100 Mio. DM. Das bedeutet gegenüber dem Geschäftsabschnitt von 1961–1963 eine Steigerung von etwa 11%. Allerdings ist in diesem Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Stifterverbandes das Spendenaufkommen empfindlich zurückgegangen, das 12% unter dem Vorjahresresultat lag. akd

Wissenschaftliche Erforschung des Erziehungswesens gefordert

Die Konferenz der westdeutschen Universitätspädagogen forderte in Berlin die weitere Intensivierung der erziehungswissenschaftlichen Forschung und damit den Ausbau der vorhandenen Universitätsinstitute und sonstigen unabhängigen Einrichtungen zur wissenschaftlichen Erforschung des Erziehungswesens. Die Konferenz warnte vor der Gründung von Instituten, die von staatlichen oder privaten Stellen unmittelbar abhängig sind. Sie bedauerte, daß der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten zur Studienreform die Bedeutung erziehungswissenschaftlicher Studien für den künftigen Gymnasiallehrer zu gering veranschlage. akd

Keine Erhöhung der Honnef-Mittel

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat beschlossen, die Mittel für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell gegenüber dem Vorjahr nicht zu erhöhen. Jedoch soll die Festsetzung der Freibeträge für die Eltern künftig etwas elastischer gehandhabt werden können, um auf diese Weise den Kreis der Geförderten auch bei steigendem Einkommen in gleicher Höhe zu halten. Die Mittel für die Hochbegabtenförderung sollen in diesem Jahr ebenfalls nicht mehr erhöht werden. akd

Aufhebung der Altersbegrenzung für Schülerfahrkarten gefordert

Für die Aufhebung der Altersgrenze für Schülerfahrkarten (bisher 27 Jahre) hat sich der Wissenschaftsausschuß des Bundestages ausgesprochen. Deckungsvorschläge für den Einnahmenausfall hat der Ausschuß nicht entwickelt. Der Vorschlag, sämtliche Schülerfahrkarten um 2% zu verteuern, fand keinen Anklang. akd

FULBRIGHT-STIPENDIUM

Die Fulbright-Kommission in Deutschland schreibt Stipendien für deutsche Studenten und Jungakademiker aus, die ihr Studium im Studienjahr 1968/69 an Hochschulen in den Vereinigten Staaten von Amerika fortsetzen und ergänzen wollen. Die Stipendien decken die Reisekosten vom Wohnort in Deutschland zum Studienort in den USA und zurück, sowie in der Regel die mit dem Aufenthalt in Verbindung stehenden Kosten wie Studiengebühren und Lebensunterhalt.

Voraussetzungen zur Teilnahme:

- Deutsche Staatsangehörigkeit,
- Gute englische Sprachkenntnisse,
- Alter nicht über 35 Jahre,
- Reifezeugnis,
- Studium von mindestens drei Hochschulsemestern, davon mindestens zwei in der Bundesrepublik oder Westberlin zum Zeitpunkt der Abreise (August 1968),
- Bewerber, die nach 1963 länger als 3 bis 4 Monate in den USA gelebt haben, können bei der Vergabe dieses Stipendiums nicht berücksichtigt werden.

Ende der Bewerbungsfrist: 15. 6. 1967
Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen: Akademisches Auslandsamt (Mensa-Gebäude, Zimmer Nr. 2).

KARL-MERCK-PREIS

Am 26. Mai 1967 fand die diesjährige Hauptversammlung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e. V. statt. Im Rechenschaftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr führte der Vorsitzende der Vereinigung, Senator Büchner aus, daß die für die Hochschule bewilligten Beträge 421 000,– betragen hätten und 557 000,– DM aus gebundenen Spenden verwendet wurden. Das Vermögen der Vereinigung belief sich auf 2 169 000,– DM. Namens des Rechnungsprüfers Bankdirektor a. D. Th. Fleischer wurde der Vorstand und Vorstandsrat entlastet und dem Schatzmeister Bankdirektor M. Schneider und dem Geschäftsführer Regierungsdirektor a. D. Dr. Th. Krebs für die geleistete Arbeit der Dank der Vereinigung ausgesprochen. Die Hauptversammlung bestätigte den Vorstand in seinem Amt.
Anschließend erfolgte die Verleihung des Karl-Merck-Preises für das Jahr 1967. In der Klasse A (Literatur) genügte keine Leistung den Anforderungen. Auch in der Klasse B (Musik) wurde kein Preis verliehen, jedoch Anerkennungsprämien an den Chor der Verbindung Auerbach, an den Sänger Wolfgang Rauball und an den Klavierspieler Siegfried Vetter vergeben. Den Preis in der Klasse C (Malerei, Graphik und Plastik) in Höhe von DM 2000,– teilten sich Claudia Gürsching und Walter Rolfes. Förderungspreise erhielten in dieser Klasse Rüdiger Kamm und Milan Djordjenic. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Kade über das Thema „Wirtschaftspolitik in Sprachnot". eb

Wohin am Samstagabend?

Der Elektrotechnische Verein und die Fachschaft Elektrotechnik laden Sie ein zum diesjährigen

Fakultätsfest

Die Veranstaltung findet am 3. Juni 1967 in der Tanzschule Stroh statt. Zum Tanz spielt die bekannte Kapelle Benz. In den Tanzpausen sehen Sie unter anderem die Aufführung eines Kabaretts. Beginn 20 hct.

KLEINE UNO

Auf ihr dreijähriges Bestehen konnte Anfang Mai die „kleine uno" zurückblicken. Sie wurde mit Hilfe von Studentenpfarrer Martin Stöhr im Sommersemester 1964 von vier Studenten ins Leben gerufen. Dank der Unterstützung der Evangelischen Studentengemeinde, die die Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, hat sich diese Einrichtung zu einem gern besuchten Forum entwickelt, in dem den Studenten die Möglichkeit geboten wird, gemeinsam über Fragen von internationaler Bedeutung zu diskutieren. Oft kann man als Gast eines Landes persönlich dessen Küche und Kultur kennenlernen. Vorträge und Diskussionsabende ergänzen das Programm der ‚kleinen uno'.

ASTA-PKW

Der AStA hat die Absicht, den Studenten einen Personenwagen zur Verfügung zu stellen. Die Studentenschaft soll Vorschläge über den gewünschten Wagentyp und Angaben über die zu erwartenden ‚Mietwagengewohnheiten' machen. Zur Diskussion stehen ein VW1200 (–,18 DM/km incl. Treibstoff) und ein Mercedes 200D (–,28 DM/km incl. Treibstoff).
Ferner plant der AStA die Anschaffung eines Kopiergerätes, das auch für die Reproduktion von Büchern geeignet sein soll. Die Kopierkosten für ein Blatt der Größe DIN A 4 würden sich auf etwa –,35 DM belaufen.

NEUER KELLER

Darmstadts Nachtleben wird interessanter: Anfang Juni wird in einer ehemaligen Garage ein neuer Keller mit dem Namen „Smuggler's Inn" eröffnet. Alfred Haag, der Unternehmer dieses Etablissements erklärte hierzu: „Ein ähnlicher Keller existiert bereits in Dudweiler (Uni Saarbrücken). Auf ca. 500 qm haben wir seit 3 Monaten 35 Festmeter Holz verbaut; der Keller soll ca. 200 Teens und Twens Platz bieten". Mit dem Holz schuf er einen Verhau, der den Besuchern Souterraingefühle und Nestwärme zugleich vermitteln soll. Eingerichtet ist das Lokal, das sich in der Holzstraße gegenüber dem Justus-Liebig Haus befindet, mit einer Diskothek und einer Whisky-Bar Der Eintritt soll frei und der Konsum billig werden: Ein Glas Bier kommt auf 70 Pfennig. Ein Türsteher sorgt für Sitte und Anstand, auf der Tanzfläche, die einem Korral ähnelt, befindet sich ein Springbrunnen, an dem sich die Besucher erfrischen können.

VORLESUNGSSTREIK

Am 23. und 24. Mai folgten 90% der Marburger Studenten einem Streikaufruf des AStA. Anlaß dazu waren die angekündigten Einsparungen der Hessischen Landesregierung zu Lasten der Universitäten. Die Studenten und mehrere Professoren gaben an, die Einstellung von Forschungsvorhaben, die Verlängerung des Studiums und die Einführung von Aufnahmebeschränkungen für Studenten drohten, die deutschen Universitäten zu verprovinzialisieren. Der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät sagte, er betrachte die Studienreform an seiner Fakultät für illusorisch.
Trotz strömenden Regens nahmen 2500 Studenten an einem Protestmarsch während des Vorlesungsstreiks teil.

Die Studentenschaft der TH Darmstadt lädt Sie herzlich zur traditionellen Hochschulfestwoche vom 19. bis zum 24. Juni 1967 ein. In der Festwoche sind folgende Darbietungen vorgesehen:

Montag,	19. 6.	Eröffnungsvortrag mit Wissenschaftsminister Dr. Stoltenberg
Dienstag,	20. 6.	Kabarettabend mit Franz Hohler, Zürich
Mittwoch,	21. 6.	„In der Hölle ist der Teufel los" ‚Filmkreis
Donnerstag.	22. 6.	Orchester- und Solistenkonzert mit dem ‹Orchester der THD
Freitag,	23. 6.	Festkolleg von Prof. Dülfer, Direktor des Instituts für allgemeine Betriebswirtschaftslehre

Weiter plant das Schauspielstudio zwei Aufführungen. Ein Hochschulsportfest und die Wahlen zum Studentenparlament 67/68 finden ebenfalls während der Festwoche statt.
Höhepunkt und Abschluß der Festwoche ist der traditionelle

HOCHSCHULBALL

am Samstag, dem 24. Juni. Erstmalig ist das Foyer des Landesmuseums in das Festgelände mit einbezogen. An Kapellen wurden das Orchester Willy Berking, die Beatkapellen „The Rattles", The Guardians", „The Motion" und „The Devils", die Jazzkapellen „Red Castle Jazz Band" und das Dietrich Geldern Sextett & Joske", die „Paul Hinze Trachtenkapelle" und eine Skiffle- u. Folksonggruppe verpflichtet. Woody Woodpecker und andere Zeichentrickfilme, ein Ochs am Spieß und eine Eis- und Tanzdiele im Schloßkeller sind weitere Attraktionen.
Einzelheiten werden noch der Hochschulfestschrift und den Plakaten zu entnehmen sein.

Gratispröbchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

WAHLEN

Der Wahlleiter der diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament 1967/68 ist Gerd Wagenknecht, Fachschaftsleiter der Fakultät Bauingenieurwesen. Er bittet alle Studenten, die an einer Kandidatur interessiert sind, sich Anfang Juni dem AStA vorzustellen.

ESG-FESTWOCHE

Am Sonntag, dem 7. 5. 1967, wurde die neue Hochschulkirche im Schloß in Anwesenheit von Kultusminister Prof. Schütte, Prof. Bulst S.J. (Studentenpfarrer der Katholischen Studentengemeinde), Prof. Schmieden in Vertretung des Rektors und dem AStA-Vorsitzenden Wagner eingeweiht. Die Schlüsselübergabe nahm der stellvertretende Kirchenpräsident, Oberkirchenrat Herbert, vor.
Die Schloßkirche war früher Zentrum einer freien geistigen Entwicklung der Evangelischen Kirche: Pfarrer Wintermann, der frühere Pfarrer der Schloßkirche, hatte sie im Dritten Reich zu einem Mittelpunkt der Bekennenden Kirche ausgebaut.
Im Anschluß an die Einweihung fand eine Festwoche statt, während der Prof. Steinbuch, Prof. Süssmann und Dr. Rendtorff Vorträge zum Thema „Christentum, Naturwissenschaft und Gesellschaft" hielten.

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . wurde der Plan, im neugestalteten Innenhof des Hauptgebäudes eine Vogeltränke aufzustellen, mit der Begründung abgelehnt, irgendwo müsse ja schließlich gespart werden.

*

. . . hat der AStA Frau Prof .Faßbinder nur deshalb noch nicht zu einem Vortrag eingeladen, weil befürchtet wird, daß der Bundespräsident sonst sein Bild aus dem Sekretariat der THD zurückzieht.

*

. . . soll das „Deutsche Panorama" in „Deutsches Pornorama" umbenannt werden.

*

. . . sollen nach Meinung von Prof. Huhle die Studenten studieren und sich nicht mit Angelegenheiten beschäftigen, mit denen die Erwachsenen selbst nicht fertig werden.

*

. . . wird die darmstädter studentenzeitung in Zukunft provozierende Artikel aus Boulevardblättern erst nach den Prüfungen bringen.

*

. . . hat der Magistrat der Stadt Darmstadt beschlossen, das Bismarckdenkmal in Konrad-Adenauer-Denkmal umzubenennen.

*

. . . heißt der Schloßkeller deshalb so, weil er fast ständig geschlossen ist.

KULTURKALENDER

28.5.–3.6.67 Woche der Nationen

3. 6. 67 Ball der Nationen

7. 6. 67 „Nepal" (WUS)
Schloßkeller 19.30 h

7. 6. 67 „Die Außenseiterbande"
Frankreich 1964; Regie: Jean-Luc Godard
Filmkreis, Köhler-Saal
„Amerika, Vietnam und wir"
Thilo Koch 20.00 h ESG

9. 6. 67 Bürgermeister Dr. Farenholtz, Leiter der Bauverwaltung Stuttgart:
„Planungsprobleme in Stuttgart und im mittleren Neckarraum 17.00 h
Saal 221

12. 6. 67 „Südafrika", Schloßkeller

14. 6. 67 „Der Soldat"
Frankreich 1960; Regie: Jean-Luc Godard
Filmkreis, Köhler-Saal

15. 6. 67 „Mitbestimmung und Gewerkschaften",
Schloßkeller

16. 6. 67 Türkei-Abend (WUS)
Schloßkeller 19.30 h

21. 6. 67 Sonderveranstaltung zum Hochschulfest
„In der Hölle ist der Teufel los!"
USA 1941; Regie: H. C. Potter
Filmkreis, Köhler-Saal

27. 6. 67 Brasilien (WUS)
Schloßkeller 19.30 h

29. 6. 67 „Elektronische Musik"
Schloßkeller (ESG)

31.6.–3.7.67 Heinerfest

6. 7. 67 „Soziologische Aspekte der gewerkschaftlichen Mitbestimmung"
Schloßkeller

THEATER

Auf dem Spielplan des Landestheaters Darmstadt stehen folgende Aufführungen:

Orangerie:

Oper:

La Bohème
Falstaff
Der Bettelstudent
Cendrillon
Premiere am 25. Juni
der Waffenschmied von Lortzing

Schauspiel:

Die Physiker
Viel Lärm um nichts
Iphigenie auf Tauris
Der fröhliche Weinberg
Premiere am 2. Juni
Der Balkon von Genet

Theater im Schloß

Schauspiel:

Die Zoogeschichte und
Ein Bericht für eine Akademie
La Musica und
Schlösser und Seen

Studenten erhalten für alle Veranstaltungen (ausser Premieren, Symph. Konzerte am Montag und Sonderveranstaltungen) der Platzgruppe II–IV ca. 50 Prozent Ermäßigung. Es empfiehlt sich, die Karten im Vorverkauf an der Tageskasse – täglich von 10–13.30 Uhr und Vorbestellungen von 14–18.30 Uhr, Telefon 122323 und 122343 zu besorgen.

Neuerdings nimmt auch der AStA Karten-Vorbestellungen entgegen. Außerdem informiert der AStA über sämtliche Veranstaltungen, Kassenpreise, Theater-Abonnements etc. (Prospektmaterial liegt vor). Abonnements für die neue Spielzeit 1967/68 werden schon jetzt entgegengenommen. Auch hier erhalten Studenten eine Preisermäßigung bis zu 50 Prozent. Nähere Auskunft erteilt die Mietabteilung des Landestheaters Darmstadt, ehem. Großes Haus, Georg Büchnerplatz 3, Telefon 122325, geöffnet 9–13 und 15–18 Uhr, außer Samstag nachmittag.

Christa Oppel
Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Die Bockshaut
ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL
Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58
Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ
Hochschulbuchhandlung
Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4
Direkt an der Hochschule
Technisches Antiquariat
Darmstadt, Magdalenenstr. 19
Am Kraftwerk der TH

wenn's um Geld geht

Die richtige Verbindung 71361
Sparkasse Darmstadt
Geschäftsstellen in Stadt und Land

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL: 70321 TEL: 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

BEKLEIDUNG VERSCHENKEN AN STUDENTEN

können wir nicht. Doch bieten wir Ihnen beim Vorzeigen Ihres Ausweises nochmals **Sonderpreise.** Leisten Sie **sich immer das Beste und Teuerste: im Endeffekt ist es am billigsten!** Es kosten z. Beisp. Sakkos 43,50 bis 98,–, Anzüge 94,80 bis 187,60, Mäntel 20,50 bis 128,50, Kniebund- und Normalhosen 33,40 bis 47,– DM usw. **Für Sie gelten aber Sonderpreise!** Ferner Berufskittel, Cordhosen u. -sakkos, Pullover und Westen a. Art, Blazer uva. **Ansehen kostet nichts!**

FABRIKLAGER SCHNITTSPAHN, Landwehrstr. 24½
mo-fr 13-18.30, sa 8-14 bzw. 18 Uhr
zwischen Herrngarten u. Stadthalle
Nur 5 Minuten von der TH entfernt!

Autokauf leicht gemacht
Eine große Auswahl werkstattgeprüfter Gebrauchtwagen zu günstigen Preisen finden Sie ständig in unserem
Gebrauchtwagen-Supermarkt
Darmstadt, Elisabethenstraße 40
Landgraf-Georg-Straße 15
Pfungstadt, Mainstraße 48
Ford-Haupthändler
AUTOHAUS GERMANN

DEMNÄCHST

Wir müssen mit jedem Pfennig rechnen, im

SMUGGLER'S INN

Wir rechnen auch mit Ihren Pfennigen - deshalb haben wir scharf kalkuliert. So entstanden unsere Studentenpreise.

Bier frisch vom Faß DM 0,64

Beat, Musik, Tanz, just in a smart place!

So – und nun rechnen Sie nach!
Also auf bald im Smuggler's Inn zur Rechenstunde.

Bier vom Faß DM 0,64 – Eintritt nur über 18 Jahre – Studentenausweise und Schülerausweise höherer Schulen gewährleisten bevorzugten Eintritt – Diskothek — Tanz

Darmstadt, Holzstraße 7-9 (gegenüber dem Justus Liebig Haus)

Geöffnet täglich von 18 bis 1 Uhr